

Resource challenges: Die politische Dimension von Ölbooms¹

Resource Challenges: Political Dimensions of Oil booms

According to the conventional economic view, countries which possess rich natural resource endowments are considered fortunate. This view is supported by neo-classical economic theory, which contends that countries are best off producing goods in which they have a comparative advantage, be it natural resources or manufactured items. The older literature assumed that a multitude of natural resources would facilitate growth. However, beginning in the late 1980s, empirical studies showed an opposing trend, asserting that an abundance of natural resources increases the likelihood that countries will experience negative economic, political and social outcomes, including poor economic performance, increased income inequality, widespread poverty, low levels of democracy, high levels of corruption and a greater likelihood of civil war. This literature has been extremely influential: the idea that natural resources are counterproductive to development is now widely accepted.

Resource booms are seen to have a broad and mostly negative impact on the economies, societies and politics of the respective countries. However, after two decades of research on the issue, there is still no conclusive evidence regarding the effects – and even less so regarding the causal mechanisms – of the so-called 'resource curse'. Most of the literature on the economic and socio-economic challenges of resource booms is based on large-N studies, where conclusions are drawn from correlations of country-level variables for a large set of countries.

Very few analyses of resource booms have taken into account the decision-making processes and the interrelated conflicts of interest or political calculations of the actors involved. At the same time, there is a growing consensus in the academic literature that institutional weakness is central to the explanation of the negative effects of resource booms. The quality of institutions is considered a fundamental factor in determining a country's economic performance. Sound macroeconomic or microeconomic policies need an institutional structure to support them. Several studies stress the role of institutions and good governance in offsetting the negative effects caused by resource booms.

In the literature on resource booms, there is no single explanation of what constitutes a 'blessing' rather than a 'curse', nor is there agreement on any collection of explanations. This lack of consensus argues for applying a case-by-case approach rather than trying to force some sort of generalization. Accordingly, this review is based on the assumption that the negative consequences of a resource boom are by no means an inevitable 'curse', but rather the result of specific policy choices. Indeed, some resource-rich countries manage the related challenges very well, and thus mitigate or avoid the negative impact.

1. Einleitung

Gemäß der landläufigen Einschätzung können sich Staaten, die über natürliche Ressourcen verfügen, glücklich schätzen. Diese Ansicht wird von der neoklassischen Wirtschaftstheorie untermauert: Staaten sollten die Güter und Dienstleistungen produzieren, bei denen sie über komparative Vorteile verfügen, unabhängig davon, ob es sich um Industriegüter oder Rohstoffe handelt. Die frühe Entwicklungsforschung ging deshalb davon aus, dass der

¹ Der vorliegende Literaturbericht entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Energiesektor und politische Regimestabilität in der Kaspischen Region“, das mit Förderung der Volkswagen-Stiftung von 2009 bis 2011 von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen durchgeführt wurde.

Reichtum an Rohstoffen wirtschaftliches Wachstum befördern würde.² Allerdings haben mittlerweile viele empirische Studien einen entgegengesetzten Trend festgestellt: Demnach erhöht Ressourcenreichtum die Wahrscheinlichkeit negativer ökonomischer, politischer und sozialer Auswirkungen auf ein Land, wie zum Beispiel ein geringes Wirtschaftswachstum, vermehrte soziale Ungleichheit und Armut, schwach ausgebildete demokratische Institutionen, ein hohes Maß an Korruption und eine höhere Gefahr von Bürgerkriegen.

Diese negativen Folgen werden vor allem für Rohstoffe angenommen, deren Export erstens aufgrund hoher Weltmarktpreise immense Gewinne bringt, deren Produktion zweitens aufgrund großer Vorkommen ganze Volkswirtschaften dominieren kann und deren Förderung drittens einfach zu kontrollieren und nur bedingt auf das Vorhandensein anderer Produktionsfaktoren, wie Arbeit und Infrastruktur, angewiesen ist (sogenannte „point-source resources“).³ Zentrales Beispiel hierfür ist Erdöl, auf das sich sowohl die Forschung zum Thema als auch der vorliegende Literaturbericht konzentrieren. Da Erdgas häufig zusammen mit Erdöl gefördert wird und sein Preis in vielen Fällen auch an den Erdölpreis gekoppelt ist, wird Erdgas in der Regel mitgedacht, wenn von einem Erdölboom die Rede ist.

Im nächsten Abschnitt stellen wir – basierend auf der Darstellung des Forschungsstandes – einen Analyserahmen vor, der vorhandene Konzepte aufgreift und weiterentwickelt. Dazu haben wir für den vorliegenden Literaturbericht drei große Bereiche von Herausforderungen eines Erdölbooms herausgegriffen. Diese Herausforderungen lassen sich in eine logische Chronologie bringen: Während zu Beginn eines Erdölbooms die Eigentumsverhältnisse geklärt werden müssen, folgt dann die rechtliche Regulierung der Rohstoffförderung und die Verwaltung der generierten Einnahmen aus dem Rohstoffexport. Daran schließt sich die Verwendung der Einnahmen für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes an. Diese Herausforderungen haben wir jeweils exemplarisch für eine Region behandelt, in der sie verstärkt auftreten und für die sie jeweils von besonderer Bedeutung sind. Damit wird kein Geo-Determinismus unterstellt, sondern nur der Tatsache Rechnung getragen, dass sich verschiedene Förderregionen der Welt in unterschiedlichen Phasen ihres Erdölbooms und unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten befinden. Von daher sehen sie sich auch unterschiedlichen Herausforderungen ausgesetzt. Abschließend werden die Ergebnisse dieses Literaturberichts zusammengefasst.

2. Forschungsstand

Die ersten beiden viel beachteten Ansätze, die die negativen Folgen eines Erdölbooms in einem größeren theoretischen Kontext diskutierten, waren für die Wirtschaftswissenschaft das Konzept der *Dutch disease* und für die Politikwissenschaft das Konzept des Rentierstaates. Bereits in den 1950er Jahren wurde in der Literatur zur Wirtschaftsentwicklung die Rolle von Rohstoffen kritisch diskutiert: Hans Singer und Raul Prebisch argumentierten, dass rohstoffreiche Staaten langfristig unter einer Verschlechterung der Preisverhältnisse im Außenhandel (*terms of trade*) leiden würden: Während die Preise für Rohstoffe fielen,

2 Viner, Jacob: *International Trade and Economic Development*, Free Press, Glencoe 1952; Lewis, William A.: *The Theory of Economic Growth*, Allen & Unwin, London 1955; Rostow, Walt W.: *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*, Cambridge UP, Cambridge 1960.

3 Hartford, Tim/Klein, Michael: *Aid and the Resource Curse. How Can Aid Be Designed to Preserve Institutions?*, World Bank, Washington, DC 2005 (*Public Policy for the Private Sector*, Note 291), S. 1–2.

würden sich die Importe von verarbeiteten Produkten verteuern; dies wiederum behindere Wirtschaftswachstum und Entwicklung.⁴ Albert Hirschman betonte die isolierte Stellung des Rohstoffsektors, wodurch es nicht zu einer Stimulierung von Wachstum in der gesamten Volkswirtschaft kommen würde.⁵ Ragnar Nurske und Jonathan Levin wiesen auf starke Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten hin, welche sich auf die jeweiligen Volkswirtschaften übertragen würden. Dies wiederum beeinflusse die Verlässlichkeit der Staats- und Deviseneinnahmen eines Landes.⁶

Ausgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung der Niederlande nach der Entdeckung von Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee wurde dann seit den 1970er Jahren der negative volkswirtschaftliche Einfluss eines Rohstoffbooms vor allem unter dem Begriff der *Dutch disease* diskutiert. Michael Bruno und Jeffrey Sachs etwa gehen davon aus, dass ein Rohstoffboom zu einem Anstieg des realen Wechselkurses führt und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Nicht-Rohstoffsektoren einer Volkswirtschaft gefährdet.⁷ In der Folge hat eine große Anzahl von Studien Belege dafür geliefert, dass Rohstoffreichtum oder zumindest der Reichtum an bestimmten Rohstoffen das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern langfristig gebremst hat. Einige Länder verzeichneten sogar ein negatives Wachstum. Diese Forschung scheint zu demonstrieren, dass die Ausbeutung von Bodenschätzen nicht ausreicht, um nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu befördern.⁸

In der Politikwissenschaft wurde seit Ende der 1960er Jahre in Reaktion auf die Entwicklung der Erdölstaaten im Mittleren Osten das Konzept des Rentierstaates entwickelt. Demnach erhalten Volkswirtschaften durch einen Rohstoffboom erhebliche Einnahmen, für die sie in nur sehr geringem Umfang eigene Produktionsfaktoren (wie Arbeit und Kapital) einsetzen müssen. Sie erhalten also externe Renten. Wegweisend war hier die Studie von Hossein Mahdavy, der den Iran in vergleichender Perspektive untersuchte.⁹ Er betonte, dass der große Anteil von Rohstoffeinnahmen am Staatshaushalt erhebliche Konsequenzen für das politische System habe:

„A government that can expand its services without resorting to heavy taxation acquires an independence from the people seldom found in other countries. However, not having developed an effective administrative machinery for the purposes of taxation, the governments of rentier states may suffer from inefficiency in any field of activity that requires extensive organizational inputs. In political terms, the power of the government to bribe pressure groups or to coerce dissidents may be greater than otherwise. By the same token, this power is highly vulnerable since the stoppage of external rents can seriously damage the government“ (S. 466f.).

- 4 Singer, Hans W.: The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, in: American Economic Review 40 (1950), S. 473–485; Prebisch, Raul F.: The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, United Nations Department of Economic Affairs, Lake Success, New York 1950.
- 5 Hirschman, Albert O.: The Strategy of Economic Development, Yale UP, New Haven, CT 1958.
- 6 Nurske, Ragnar: Trade Fluctuations and Buffer Policies of Low-income Countries, in: Kyklos 11 (1958), S. 141–144; Levin, Jonathan V.: The Export Economies. Their Pattern of Development in Historical Perspective, Harvard UP, Cambridge, MA 1960.
- 7 Bruno, Michael/Sachs, Jeffrey: Energy and Resource Allocation. A Dynamic Model of the ‚Dutch disease‘, in: Review of Economic Studies 49 (1982), S. 845–859.
- 8 Eine ausführliche Darstellung der wissenschaftlichen Literatur zu den volkswirtschaftlichen Effekte von Rohstoffabhängigkeit findet sich bei Heinrich, Andreas: Challenges of a Resource Boom. Review of the Literature, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2011 (Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 114).
- 9 Mahdavy, Hossein: Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States. The Case of Iran, in: Cook, Michael A. (Hrsg.): Studies in the Economic History of the Middle East from the Rise of Islam to the Present Day, Oxford UP, London 1970, S. 428–467.

Das Konzept des Rentierstaates ist von vielen Autoren aufgegriffen und auf andere Staaten sowie andere Formen von Renten übertragen worden.¹⁰

In den 1990er Jahren, einer Zeit niedriger Ölpreise, wurde die Vielzahl der negativen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Effekte von Rohstoffbooms dann unter dem Begriff des *resource curse* zusammengefasst, dessen erste Verwendung Richard Auty zugeschrieben wird.¹¹ Da verallgemeinerbare Kausalmechanismen für den ‚Ressourcenfluch‘ angenommen wurden, entstand eine Vielzahl von quantitativen Studien, die Ursachen und Folgen des Ressourcenfluchs durch den makrostatistischen Vergleich möglichst vieler Staaten der Erde identifizieren wollen. Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Forschung zu diesem Thema liegen aber immer noch keine schlüssigen Ergebnisse zu den Auswirkungen, geschweige denn zu den kausalen Mechanismen des Ressourcenfluchs vor. Während in den 1990er Jahren wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund standen, wurde in den letzten zehn Jahren vermehrt die politische Dimension und insbesondere der Zusammenhang zwischen Rohstoffboom und autoritären Regimen intensiv diskutiert.

Die ersten einflussreichen quantitativen Analysen zur politischen Dimension stammen von Michael Ross und Leonard Wantchekon.¹² Weitere Publikationen bestätigen den Zusammenhang zwischen Rohstoffboom (insbesondere Erdölboom) und Autokratie.¹³ Studien, welche die eigenen Daten nicht hinterfragen, kommen auf Grundlage von Regressionsanalysen zu sehr eindeutigen Aussagen. So konstatiert etwa Kevin Tsui: „I estimate that, on average, discovering 100 billion barrels pushes a country’s democracy level almost 20 percentage points below the existing trend.“¹⁴ Derartige Aussagen werden aber in Folgestudien regelmäßig revidiert oder komplett infrage gestellt.

Wie fehleranfällige und vom Modellaufbau abhängig länderübergreifende Analysen sind, zeigte Michael Ross.¹⁵ In einer verbesserten und fehlerkorrigierten Version seines vielzitierten Modells von 2001 zeigte er erneut einen Zusammenhang zwischen Rohstoffeinkünften und Autoritarismus auf, musste aber die entsprechenden Wirkungsmechanismen korrigieren. Von den drei 2001 präsentierten kausalen Wirkungsmechanismen blieben nun zwei ohne statistische Bedeutung. Auf Grundlage eines neuen Datensatzes, der Messfehler und

10 Einen aktuellen Überblick über die Entwicklung des Konzeptes bietet: Richter, Thomas: The Rentier State. Relevance, Scope and Explanatory Power, in: Heinrich, Andreas/Pleines, Heiko (Hrsg.): Challenges of the Caspian resource Boom. Domestic Elites and Policy-making, Palgrave Macmillan, Houndmills 2012, S. 23–34. Eine aktuelle Bestandsaufnahme für den iranischen Fall bietet: Beck, Martin: Der Ölboom in Iran und seine Auswirkungen, in: Basedau, Matthias/Kappel, Robert (Hrsg.): Machtquelle Erdöl. Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten, Nomos, Baden-Baden 2011, S. 63–88.

11 Auty, Richard M.: Sustaining Development in Mineral Economies. The Resource Curse Thesis, Routledge, London, New York 1993.

12 Ross, Michael L.: Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics 53 (2001), S. 325–361; Wantchekon, Leonard: Why Do Resource Dependent Countries have Authoritarian Governments?, in: Journal of African Finance and Economic Development 5 (2002), S. 57–77.

13 Jensen, Nathan/Wantchekon, Leonard: Resource Wealth and Political Regimes in Africa, in: Comparative Political Studies 37 (2004), S. 816–841; Aslaksen, Silje: Oil and Democracy. More than a Cross-country Correlation?, in: Journal of Peace Research 47 (2010), S. 421–431; Ramsay, Kristopher W.: Revisiting the Resource Curse. Natural Disasters, the Price of Oil, and Democracy, in: International Organization 65 (2011), S. 507–529.

14 Tsui, Kevin K.: More Oil, less Democracy. Evidence from Worldwide Crude Oil Discoveries, in: The Economic Journal 121 (2010), S. 89–115, hier S. 111.

15 Ross, Michael L.: Oil and Democracy Revisited, University of California at Los Angeles, Department of Political Science, mimeo 2009, URL: <<http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/ross/Oil%20and%20Democracy%20Revisited.pdf>> [Zugriff: 21.01.2012].

Verzerrungen des bis dahin weitgehend benutzten Zahlenmaterials korrigieren soll und längere Zeitreihen beinhaltet, kommen Stephen Haber und Victor Menaldo in einer vielbeachteten Studie zu dem Schluss, dass Rohstoffabhängigkeit nicht mit Autoritarismus verbunden ist und ein Rohstoffboom in vielen Fällen tatsächlich als Segen und nicht als Fluch bezeichnet werden kann.¹⁶ In seinem Überblick über Studien zum Zusammenhang zwischen Erdöl und Autokratie fasst Matthias Basedau deshalb zusammen: „Jedoch sind die empirischen Ergebnisse zum Zusammenhang nicht eindeutig. [...] Insgesamt weisen die empirischen (vor allem quantitativen) Studien eine Reihe von Defiziten auf, zu denen vor allem Messprobleme und die fehlende Untersuchung von Kausalmechanismen, von dynamischen Perspektiven, von Kontextbedingungen sowie die Nichtbeachtung abweichender (demokratischer) Fälle gehören.“¹⁷ Ähnlich resümiert auch Hauke Feil, der zudem das Fehlen regional fokussierter Studien moniert.¹⁸

Ein weiteres Defizit der Forschung zum Thema ist, dass bis vor einigen Jahren nur sehr wenige Studien zum ‚Ressourcenboom‘ die politischen Entscheidungsfindungsprozesse und die damit verbundenen Interessenkonflikte oder politischen Kalküle der involvierten Akteure mit in ihre Forschung einbezogen haben. Mittlerweile besteht aber ein wachsender Konsens in der akademischen Literatur darüber, dass institutionelle Schwächen zentral für die Erklärung der negativen Effekte eines Rohstoffbooms sind. Die Qualität von Institutionen und Governance-Systemen wird als ein entscheidender Faktor bei der Abwehr der negativen Effekte eines Rohstoffbooms betrachtet.¹⁹ So basiert auch dieser Literaturbericht auf der Annahme, dass die negativen Konsequenzen eines Rohstoffbooms durchaus kein unabwendbarer ‚Fluch‘ sind, sondern vielmehr das Resultat spezifischer Politikentscheidungen. So haben in der Tat manche rohstoffreichen Länder die jeweiligen *resource challenges* gut gemeistert und so die negativen Effekte abgemildert oder ganz vermieden. Das offensichtliche Beispiel hierfür ist Norwegen.²⁰ Wenn man davon ausgeht, dass die spezifischen Erscheinungen eines *resource curse* von Politikentscheidungen beeinflusst sind, kann nur die Kombination von Rohstoffboom und Politikentscheidung die jeweiligen Resultate erklären. Politische Entscheidungen wiederum hängen von der Eliteninteraktion im Kontext des jeweiligen politischen Regimes ab. Von daher reicht es nicht aus, Ressourcenreichtum und sozio-ökonomische Indikatoren einfach zu korrelieren. Vielmehr müssen politische Maßnahmen mitberücksichtigt werden. Daher sind neben makrostatistischen Untersuchungen detaillierte Länderstudien vonnöten. Neuere Ansätze sprechen deshalb nicht von einem deterministischen *resource curse*, sondern von *resource challenges*, auf die Gesellschaften

16 Haber, Stephen/Menaldo, Victor: Do Natural Resources Fuel Authoritarianism? A Reappraisal of the Resource Curse, in: *American Political Science Review* 105 (2011), S. 1–26.

17 Basedau, Matthias: Der „Fluch“ des Schwarzen Goldes. Ist Erdöl Demokratiebremse und Autokratie-stabilisator?, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (2010), H. 3, S. 88–99, hier S. 97.

18 Feil, Hauke: Postkommunismus, Ressourcenreichtum und Autoritarismus. Eine mögliche Korrelation? Der ‚resource curse‘ und seine Folgen für die demokratischen Strukturen der ehemals kommunistischen Staaten in Europa und Asien, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2010 (Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 111), S. 7.

19 Siehe z. B. Robinson, James/Torvik, Ragnar/Verdier, Thierry: Political Foundations of the Resource Curse, in: *Journal of Development Economics* 79 (2006), S. 446–468; Collier, Paul/Hoeffler, Anke: Testing the Neo-con Agenda. Democracy in Resource-rich Societies, in: *European Economic Review* 53 (2009), S. 293–308; Kolstad, Ivar/Wig, Arne: It’s the Rent, Stupid! The Political Economy of the Resource Curse, in: *Energy Policy* 37 (2009), S. 5317–5325.

20 Siehe etwa Dornfeldt, Matthias: Erfolgsmodell Norwegen. Die Ausnahmeerscheinung unter den Petrostaaten, in: Basedau/Kappel: *Machtquelle Erdöl* (wie FN 10), S. 253–275.

mehr oder weniger erfolgreich und dementsprechend mit unterschiedlichem Ergebnis reagieren können.²¹

Je nach Land sind manche *resource challenges* relevanter und dringlicher als andere. Diese Tatsache kann dazu genutzt werden, eine grobe regionale Typologie zu entwickeln. Für viele rohstoffreiche Staaten in Afrika besteht (seit ihrer Unabhängigkeit) die relevanteste *resource challenge*, die mit dem Rohstoffboom verbunden ist, in der Vermeidung von Bürgerkriegen und der Aufrechterhaltung der politischen Stabilität. Für ressourcenreiche Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bestand die Hauptherausforderung nach dem Ende der Planwirtschaft in der Schaffung und Implementierung von Rahmenbedingung für die Produktion der Rohstoffe. In den rohstoffreichen Staaten Lateinamerikas hingegen liegt der Fokus auf der sozio-ökonomischen Entwicklung, da Politiker dort auf die Erwartungen der Bevölkerung reagieren müssen. Die unterschiedliche Relevanz der spezifischen *resource challenges* in verschiedenen Teilen der Welt spiegelt sich in der Fallstudien-basierten Literatur wider und daran wird sich dieser Literaturbericht orientieren.

3. Politische Instabilität und Bürgerkrieg: Fallbeispiel Afrika

Zahlreiche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass rohstoffreiche Staaten eine größere Wahrscheinlichkeit aufweisen, neben zwischenstaatlichen Konflikten²² auch von gewalttätigen Bürgerkriegen heimgesucht zu werden.²³ Bodenschätze beeinflussen demnach einen Bürgerkrieg in vier Beziehungen: bezüglich des Ausbruchs, der Dauer, der Intensität (sprich der Anzahl der gewaltbedingten Todesopfer) und der Art des Konflikts.²⁴ Gewaltsame Bür-

21 Von den hier besprochenen Publikationen siehe etwa: Basedau/Kappel: Machtquelle Erdöl (wie FN 10); Gel'man, Vladimir/Marganiya, Otar (Hrsg.): Resource Curse and Post-Soviet Eurasia. Oil, Gas, and Modernization, Lexington Books, Lanham 2010; Øverland, Indra/Kjærmet, Heidi /Kendall-Taylor, Andrea (Hrsg.): Caspian Energy Politics. Azerbaijan, Kazakhstan and Turkmenistan, Routledge, London 2010.

22 Siehe z. B. Klare, Michael T.: Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict, Henry Holt, New York 2002; Andrews-Speed, Philip u. a.: The Global Resource Nexus. The Struggle for Land, Energy, Food, and Minerals, Transatlantic Academy, Washington, DC 2012.

23 Abweichend argumentieren z. B. Wennmann, Achim: Breaking the Conflict Trap? Addressing the Resource Curse in Peace Processes, in: Global Governance 17 (2011), S. 265–279; McLaughlin Mitchell, Sara/Thies, Cameron G.: Resource Curse in Reverse. How Civil Wars Influence Natural Resource Production, in: International Interactions 38 (2012), S. 218–242. Sie gehen davon aus, dass Bodenschätze nicht notwendigerweise ein Auslöser für gewaltsame Auseinandersetzungen und ein Hindernis für Frieden sind.

24 Siehe z. B. Collier, Paul/Hoeffler, Anke: On the Economic Causes of Civil War, in: Oxford Economic Papers 50 (1998), S. 563–573; Doyle, Michael W./Sambanis, Nicholas: International Peacebuilding. A Theoretical and Quantitative Analysis, in: American Political Science Review 94 (2000), S. 779–801; Reynal-Querol, Marta: Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars, in: Journal of Conflict Resolution 46 (2002), S. 29–54; Fearon, James D./Laitin, David D.: Ethnicity, Insurgency, and Civil War, in: American Political Science Review 97 (2003), S. 75–90; Collier, Paul/Hoeffler, Anke: Greed and Grievance in Civil War, in: Oxford Economic Papers 56 (2004), S. 563–595; Humphreys, Macartan: Natural Resources, Conflict, and Conflict Resolution. Uncovering the Mechanisms, Journal of Conflict Resolution 49 (2005), S. 508–537; Collier, Paul/Hoeffler, Anke: Resource Rents, Governance and Conflict, in: Journal of Conflict Resolution 49 (2005), S. 625–633; Fjelde, Hanne/De Soysa, Indra: Coercion, Co-optation, or Cooperation? State Capacity and the Risk of Civil War, 1961–2004, in: Conflict Management and Peace Science 26 (2009), S. 6–25; Schollaert, Arne/Van de Gaer, Dirk: Natural Resources and Internal Conflict, in: Environmental and Resource Economics 44 (2009), S. 145–165; Lujala, Päivi: Deadly Combat over Natural resources. Gems, Petroleum, Drugs, and the Severity of Armed Civil Conflict, in: Journal of Conflict Resolution 53 (2009), S. 50–71; Gurses, Mehmet/Mason, T. David: Weak States, Regime Types, and Civil War, in: Civil Wars 12

gerkriege können sich aus sozialen Unruhen und aus Machtkämpfen innerhalb der Eliten eines Landes entwickeln. Die akademische Debatte über die Gründe für den Ausbruch eines Bürgerkrieges folgt im Allgemeinen zwei Argumentationslinien:

Die erste Argumentationslinie geht davon aus, dass Bürgerkriege durch Missstände hervorgerufen werden, die sozialer Ungleichheit, der Einschränkung politischer Rechte oder ethnischen und religiösen Gegensätzen entstammen. Sie betont also die Motive von Rebellenbewegungen: Demnach verschärft Ressourcenreichtum durch die verschiedenen typischen Konsequenzen des Rohstoffabbaus, wie zum Beispiel unzureichende Entschädigung für Landenteignungen, Umweltverschmutzung und -zerstörung, unzureichende Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsmigration, die Missstände, die zur Rebellion führen. Der zweite Argumentationsstrang sieht Habgier als Auslöser für Bürgerkriege an und betont die ökonomischen Anreize und Möglichkeiten für Rebellenbewegungen, sich zu bereichern. Das Vorhandensein von Bodenschätzen versetze Rebellenbewegungen in die Lage, Kapital direkt durch die Förderung und den Verkauf von Rohstoffen zu erlangen oder indirekt durch die Erpressung von Förderunternehmen. Ressourcenreichtum generiere so potentielle Finanzquellen für die Rebellion.

Einige Forscher argumentieren aber, dass keiner dieser Argumentationsstränge den Ausbruch von Bürgerkriegen in spezifischen Fällen hinreichend erklären kann, zumindest nicht für sich allein genommen. Nach Ansicht von Michael Ross werden Bürgerkriege im Allgemeinen durch eine Kombination von Kausalmechanismen ausgelöst. Er schlägt zusätzliche Mechanismen vor, die typischerweise in rohstoffreichen Ländern Bürgerkriege auslösen können: etwa ausländische Interventionen zur Unterstützung der Rebellenbewegung oder der Verkauf von zukünftigen Förderrechten an Rohstoffen, die die Rebellen zu erobern hoffen.²⁵

Andere Forscher hingegen vermuten, dass Ressourcenreichtum keinen negativen Einfluss auf den Ausbruch, die Dauer oder die Intensität von Bürgerkriegen habe.²⁶ So fand Benjamin Smith in einer Studie zum Effekt der Abhängigkeit von Erdölexporten auf Regimestabilität und Konflikt heraus, dass Ölreichtum in Entwicklungsländern mit weniger Bürgerkriegen und gegen den Staat gerichteten Protesten verbunden ist.²⁷ Miriam Sørli und andere gehen davon aus, dass die Abhängigkeit von Erdölexporten in den letzten Jahrzehnten keinen signifikanten Einfluss auf den Ausbruch von Bürgerkriegen im Mittleren Osten hatte.²⁸

Um ein differenzierteres Urteil zu ermöglichen, fragen Matthias Basedau und Thomas Richter: „Why do some oil exporters experience civil war but others do not?“²⁹ In einem sys-

Mehmet/Mason, T. David: Weak States, Regime Types, and Civil War, in: *Civil Wars* 12 (2010), S. 140–155.

25 Ross, Michael L.: How Do Natural Resources Influence Civil War? Evidence from 13 Cases, in: *International Organisation* 58 (2004), S. 35–68.

26 Siehe z. B. Fjelde, Hanne: Buying Peace? Oil Wealth, Corruption and Civil War, 1985–99, in: *Journal of Peace Research* 46 (2009), S. 199–218; Shabafrouz, Miriam: Fuel for Conflict or Balm for Peace? Assessing the Effects of Hydrocarbons on Peace Efforts in Algeria, German Institute for Global and Area Studies, Hamburg 2010 (Working Paper 132).

27 Smith, Benjamin: Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960–1999, in: *American Journal of Political Science* 48 (2004), S. 232–246.

28 Sørli, Miriam E./Gleditsch, Nils/Strand, Håvard: Why is There so much Conflict in the Middle East?, in: *Journal of Conflict Resolution* 49 (2005), S. 141–165.

29 Basedau, Matthias/Richter, Thomas: Why Do some Oil Exporters Experience Civil War but Others Do not? A Qualitative Comparative Analysis of net Oil-exporting Countries, German Institute for Global and Area Studies, Hamburg 2011 (Working Paper 157).

tematischen quantitativen Vergleich von 44 erdölexportierenden Staaten in der gesamten Welt von 1970 bis 2008 zeigen sie, dass es weder einfache (lineare) Zusammenhänge noch einen universellen Kausalmechanismus gibt, der Erdölreichtum und Bürgerkrieg verbindet. Gleichzeitig suchen sie auch nach Ursachen für Frieden und stellen in ihrer Analyse fest, dass es keine notwendigen Bedingungen für Frieden im Falle eines Ölbooms gibt. Sowohl für Bürgerkrieg als auch für Frieden identifizieren sie stattdessen jeweils zwei Kausalpfade, die auf einen großen Teil der von ihnen erfassten Fälle zutreffen. Ihre Studie zeigt damit aber auch deutlich die Grenzen quantitativer Studien. Die Autoren identifizieren insgesamt nur 14 Fälle erdölreicher Länder, in denen Bürgerkrieg herrscht. In mindestens zwei dieser Fälle (Aserbaidschan und Russland) kann Erdöl aber nicht als zentraler Faktor zur Erklärung des Bürgerkrieges angesehen werden. Wenn gleichzeitig zwei Mechanismen nach Ansicht der Autoren die Mehrzahl der Fälle erklären, so bleiben pro Mechanismus nur etwa vier bis sechs Fallbeispiele. Hier können die sehr allgemeinen Variablen der Analyse eher als Vorstudie gesehen werden, die die Grundlage für detaillierte Fallstudien bietet.

Die klassischen Fälle, in denen politische Konflikte um die Kontrolle über Rohstoffe zu Bürgerkriegen eskalieren, liegen mehrheitlich in Afrika. Gewaltsame Konflikte gab es in der Mehrzahl der afrikanischen erdölproduzierenden Staaten: Algerien, Angola, Republik Kongo (Brazzaville) und Nigeria sowie Sudan, Tschad und die Region der Großen Seen, wo es unter anderem um den Zugriff auf bisher noch nicht erschlossene Rohstoffvorkommen geht. Seit 2011 kann auch Libyen zu dieser Gruppe gezählt werden. Umgekehrt sind damit von den erdölproduzierenden Staaten in Afrika nur Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun und Tunesien in den letzten zwei Jahrzehnten nicht Schauplatz von Bürgerkriegen gewesen. In Afrika kann die Sicherung politischer Stabilität somit als zentrale politische Herausforderung im Umgang mit einem Rohstoffboom gesehen werden. Wie Douglass North und andere argumentieren, ist in solchen Staaten (nicht nur in Afrika) die wahrscheinliche Alternative zum ausbeuterischen autoritären Regime oft eben nicht die Modernisierung hin zu Demokratie und Sozialstaat, sondern der Ausbruch offener Gewalt zur Austragung von Verteilungskämpfen.³⁰

Exemplarisch greift Miriam Shabafrouz diese Frage in ihrer Fallstudie zu Algerien auf, die den bezeichnenden Titel „Fuel for conflict or balm for peace?“ trägt.³¹ Sie untersucht, wie die Einnahmen aus dem Erdöllexport seit dem Ende des Bürgerkrieges in Algerien verwendet worden sind und kann zeigen, dass die Gelder grundsätzlich in Maßnahmen investiert werden, die der Stabilisierung des Landes dienen. Dem Ausbau und der Stärkung der Sicherheitskräfte kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Gleichzeitig wird aber auch ein nationales Versöhnungsprogramm finanziert sowie Projekte zur Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung in ausgewählten Bereichen der Volkswirtschaft. Diese Maßnahmen könnten die Stabilität des autoritären Regimes im Kontext des ‚arabischen Frühlings‘ erklären. Gleichzeitig weist die Autorin aber darauf hin, dass die Stabilität damit von hohen Weltmarktpreisen für Erdöl abhängt und betont vor allem, dass nachhaltige Ergebnisse nur durch weitergehende Reformen erreicht werden können, die auch die entscheidenden Gründe für den Bürgerkrieg, wie eine ungerechte Einkommensverteilung, destabili-

30 North, Douglass u. a.: In the Shadow of Violence, Center for Legal and Economic Studies, 2011, URL: <<http://lecs-center.org/en/publicationsus/149-violence>> [Zugriff: 25.01.2012].

31 Shabafrouz: Fuel for Conflict or Balm for Peace? (wie FN 26) sowie dies.: Algeriens Erdöl und Erdgas. Machtquelle und Entwicklungsbremse, in: Basedau/Kappel: Machtquelle Erdöl (wie FN 10), S.117–139.

sierende demographische Entwicklungen und geringe politische Partizipationsmöglichkeiten, angehen.

Eine historisch und thematisch deutlich umfangreichere Analyse bietet Miriam Lowi, die Algerien als Rentierstaat von seiner Unabhängigkeit bis in die Gegenwart im Vergleich mit vier weiteren klassischen Rentierstaaten (Iran, Irak, Indonesien und Saudi-Arabien) im Hinblick auf einen *resource curse* untersucht.³² Die Autorin zeigt kompetent und detailliert, wie Algerien in den ersten drei Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit die von der Theorie prognostizierten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme durchlebte. Genau wie der vorliegende Literaturbericht geht auch Lowi davon aus, dass die Folgen eines Ölbooms nicht strukturell determiniert sind im Sinne eines Fluchs, sondern von der Politik beeinflusst und gestaltet werden können, also Herausforderungen darstellen. Sie zeigt auch, dass die algerische Führung ursprünglich durchaus Konzepte entwickelte, um vor allem den wirtschaftlichen Herausforderungen durch eine aktive Industriepolitik zu begegnen. Im Vergleich mit den weiteren vier Fällen will sie dann zeigen, welche Faktoren auf der Ebene konkreter Politikfelder unterschiedliche Ergebnisse erklären. Dadurch, dass sie vor allem typische Rentierstaaten in die Untersuchung einbezieht, die *per definitionem* die Herausforderungen insgesamt nicht gemeistert haben, bleibt die Analyse aber zum einen in ihrer inhaltlichen Breite beschränkt und kann zum anderen die Bedeutung politischer Maßnahmen nur begrenzt demonstrieren. Deutlich wird vielmehr, dass politische Eliten auch mit guten Absichten im Falle der *resource challenges* versagen können.

Während Lowi den Rentierstaat in seiner ganzen Breite erfasst und den Bürgerkrieg damit als tragischen und auch vermeidbaren Höhepunkt in einen sehr breiten Kontext einbettet, fokussieren zwei neuere Sammelbände deutlich stärker auf die gewaltsamen Konflikte. Der Band von Jacques Lesourne und William Ramsay enthält Fallstudien zu Nigeria, Angola und der Region der Großen Seen.³³ Der Band hat dabei eher den Charakter eines Zeitschriftenheftes, da die einzelnen Beiträge unverbunden nebeneinander stehen. Mit einer Einleitung von zwei Seiten, die nicht auf die Beiträge Bezug nimmt, welche regelmäßig eine Einführung in den Ansatz des *resource curse* wiederholen, und in Abwesenheit einer gemeinsamen Fragestellung wird dabei nicht einmal die Konsistenz eines Themenheftes erreicht. Allen Beiträgen gemeinsam ist aber, dass die Autoren einerseits eine sehr prägnante Zusammenfassung des Forschungsstandes und eine sehr schlüssige Argumentation bieten, andererseits jedoch eher eine breitere Leserschaft im Blick zu haben scheinen, da sowohl die Darstellung des *resource curse* Ansatzes als auch die empirische Fallstudie jeweils sehr breite und einführende Hintergrundinformationen liefern. Die Argumentationsgänge sind dabei jedoch grundsätzlich sehr solide und können die aktuelle wissenschaftliche Fachdebatte durchaus bereichern.

Der erste Beitrag von Yvan Guichaoua³⁴ folgt einem ähnlichen Ansatz wie Lowi und will für Nigeria zeigen, dass der gewaltsame Konflikt nicht die unvermeidbare Folge der Erdölfunde ist, sondern zumindest zum Teil eine Folge von (vermeidbarem) Politikversagen. Im Gegensatz zu Lowi sieht Guichaoua das Politikversagen aber nicht so sehr bei den aktuellen politischen Eliten, sondern macht historische Pfadabhängigkeiten für aktuelle Probleme verantwortlich. Aus seiner Sicht sind es die Konstruktionsfehler des nigerianischen Staates,

32 Lowi, Miriam R.: *Oil Wealth and the Poverty of Politics. Algeria Compared*, Cambridge UP, Cambridge u. a. 2009.

33 Lesourne, Jacques/Ramsay, William (Hrsg.): *Governance of Oil in Africa. Unfinished business*, IFRI, Paris 2009.

34 Guichaoua, Yvan: *Oil and Political Violence in Nigeria*, in: ebd., S. 9–49.

die dessen Existenz von vornherein gefährdeten. Sein Argument bezieht sich damit zentral auf die staatliche Verteilung der Rohstoffeinnahmen sowie die komplexen Konfliktlagen im Nigerdelta, die aus Guichaouas Sicht nicht zwingend im Sinne eines Fluches, sondern als Teile einer Verkettung unglücklicher Umstände die Eskalation gewaltsamer Konflikte bewirkten. Am Anfang dieser Kette stand dabei die Schaffung des nigerianischen Staates ohne ausreichende Legitimation und mit fehlenden Mechanismen zur friedlichen politischen Konfliktlösung. Das folgende mikro-politische Management der ‚nationalen Frage‘ durch die politische Führung verschärfte dann aufgrund falscher Anreize im System die Konflikte zusätzlich. Dem Erdöl kommt hier eine sehr ambivalente Rolle zu. Einerseits ermöglicht es über einen regionalen Finanzausgleich den Zusammenhalt des Staates, andererseits war es genau der Ölreichtum, der gewaltsame Konflikte innerhalb des Staates förderte. Denn der Erdölreichtum gibt bestimmten Gruppen die Möglichkeit, nicht aber die primäre Motivation, mit Waffengewalt ihre Interessen zu verfolgen. Genau wie beim programmatischen Titel „Fuel for Conflict or Balm for Peace?“ der oben vorgestellten Publikation von Shabafrouz wird hier also Ressourcenreichtum nicht als Ausgangspunkt für bestimmte Entwicklungen genommen, sondern als ein zusätzlicher Faktor gesehen, der verstärkend oder hemmend auf zum Zeitpunkt der Rohstoffförderung bereits existierende Entwicklungen wirken kann. Diese Perspektive ist sicher eine sinnvolle Relativierung der im *resource curse* üblichen Fixierung auf Rohstoffreichtum. Sie mahnt aber eher zu fallspezifischer Differenzierung und liefert kein neues Paradigma.

Der Beitrag von Nicholas Shaxson zu Angola zeigt ebenfalls deutliche historische Pfadabhängigkeiten auf, die zu gewaltsamen Eskalationen von Konflikten führen.³⁵ Im Gegensatz zu Guichaoua sieht er aber den Ansatz des *resource curse* in seiner Fallstudie bestätigt, da der Erdölboom zur Entwicklung eines umfangreichen klientelistischen Patronage-systems geführt habe und der Rückgang der Weltmarktpreise für Erdöl ab Mitte der 1980er Jahre dann folgerichtig ein erneutes Aufbrechen des Bürgerkriegs zur Folge hatte. Der Aufsatz bietet interessante Details, häufig aus der eigenen Feldforschung des Autors. Er verliert sich jedoch in der Komplexität der verschiedenen Kausalketten des *resource curse*, liefert aber dennoch interessante Gedanken zu einer Vielzahl von Aspekten, von Fragmentierung über Autoritarismus bis zu Wirtschaftsentwicklung. Die zentrale Frage nach den ursächlichen Zusammenhängen wird aber letzten Endes auf die Rolle von durch Erdöl finanzierten Patronagenetzwerken reduziert. Diese Netzwerke werden dabei im Sinne des *resource curse* als Folge des Erdölbooms gesehen. Der Autor selbst liefert aber reichlich Indizien dafür, dass vielmehr umgekehrt erst die institutionellen Defizite bei der Staatsgründung die Entwicklung der entsprechenden Patronagenetzwerke förderten, für die das Erdöl dann erst in einem zweiten Schritt zum zentralen Lebenselixier wurde.

Erstaunlicherweise wird erst im dritten Kapitel von Géraud Magrin und Geert van Vliet eine allgemeine Einführung in die Bedeutung des *resource curse* für die erdölexportierenden Staaten in Afrika südlich der Sahara gegeben.³⁶ Der Beitrag nimmt eine ausgewogene und vergleichende Perspektive auf die zentralen Aspekte des *resource curse* ein und stellt auch die spezifischen Probleme der einzelnen Länder einfürend vor. Als Zusammenfassung des Forschungsstandes sollte er eigentlich am Anfang des Bandes stehen.

Der Sammelband endet mit einer Fallstudie von Benjamin Augé zu Grenzkonflikten in der Region der Großen Seen, die sich auf den Zugang zu (vermuteten) Vorkommen von

³⁵ Shaxson, Nicholas: Angola's Homegrown Answers to the 'Resource Curse', in: ebd., S. 50–102.

³⁶ Magrin, Géraud/Vliet, Geert van: The Use of Oil Revenues in Africa, in: ebd., S. 103–164.

Erdöl und Methangas beziehen.³⁷ Der Beitrag bietet interessante Hintergrundinformationen zu einem in der Literatur bisher kaum behandelten Thema und kann die Debatte um die Rohstoffkonflikte der Region insbesondere im Hinblick auf die Demokratische Republik Kongo und Uganda sowie Ruanda um eine Facette bereichern. Die Darstellung bleibt jedoch rein deskriptiv auf das Konfliktpotenzial und den Ablauf von Verhandlungen fokussiert, ohne sich auf den *resource curse* oder Theorien internationaler Beziehungen als analytischen Rahmen zu beziehen.

Eine in der Forschung zum *resource curse* naheliegende aber selten eingenommene anthropologische Perspektive auf die gewaltsamen Konflikte in afrikanischen Erdölstaaten bietet der Sammelband von Andrea Behrends, Stephen Reyna und Günther Schlee.³⁸ Zum einen interpretieren die Herausgeber den *resource curse* als Folge eines Kampfes um Dominanz über Rohstoffreichtum in einem strukturellen Sinne, wobei erklärt werden soll, „why, and how, certain groups regulate other groups and, in so doing, acquire social value, like capital“ (S. 21). Dieser Kampf um Dominanz über Erdöl wird dabei als zentraler Ausdruck der aktuellen Systemkrise des Kapitalismus gesehen, „a potentially even more destructive crisis [than the present turbulence in finance capitalism]“ (S. 26). Zum anderen folgen sie dem anthropologischen Ansatz der Fallstudie, der weit über die oben präsentierten politikwissenschaftlichen Vorstellungen einer Ergänzung quantitativer Forschung hinausgeht (S. 26).

Der Beitrag von Michael Watts beschäftigt sich detailliert mit den gewaltsamen Konflikten im Nigerdelta.³⁹ Auch wenn seine Darstellungsform und sein Erkenntnisinteresse etwas anders sind, unterscheiden sich die präsentierten Fakten und auch der Argumentationsgang kaum von den bisher vorgestellten sozialwissenschaftlichen Arbeiten. Den Gewaltausbruch führt er (ganz im Sinne der Darstellung von Guichaoua) auf ‚lokalen Petro-Nationalismus‘, das Versagen der gesamtstaatlichen politischen Führung und ausbeuterische Patronagenetzwerke zurück. Dementsprechend ist sein Hauptargument auch, dass Erdöl kein zentraler Erklärungsfaktor ist, sondern: „[T]he insurgency emerged from the political struggles over centralised oil rents, struggles in which party politics, the electoral cycle, intergenerational politics, organised oil theft and the history of ethnic exclusion played constitutive roles“ (S. 69).

Das Kapitel von Andrea Behrends⁴⁰ zum Streit über bisher noch nicht erschlossene Vorkommen in den Regionen Darfur und Wadai auf beiden Seiten der Grenze zwischen Sudan und Tschad geht dann einen Schritt weiter, indem es einleitend bereits erklärt, dass „war, as in Darfur, cannot be explained by possible resource gains for the different sides of the conflict alone. Increasing social disintegration results rather from problems relating to the historical socioeconomic conditions in the area and to the arrangements concerning the distribution of power and wealth among local, regional and national regimes“ (S. 82). Behrends setzt sich dann systematisch mit der wissenschaftlichen Literatur zum Zusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und Bürgerkrieg auseinander. Auch hier ist die Antwort der zwei empirischen Fallstudien, dass Erdöl nicht direkt für die Konflikte verantwortlich ist,

37 Augé, Benjamin: Border Conflicts Tied to Hydrocarbons in the Great Lakes Region of Africa, in: ebd., S. 165–193.

38 Behrends, Andrea/Reyna, Stephen P./Schlee, Günther (Hrsg.): *Crude Domination. An Anthropology of Oil*, Berghahn Books, Oxford/New York 2011.

39 Watts, Michael: *Blood Oil. The Anatomy of a Petro-insurgency in the Niger Delta, Nigeria*, in: ebd., S. 49–80.

40 Behrends, Andrea: *Fighting for Oil when there is no Oil yet. The Darfur-Chad Border*, in: ebd., S. 81–106.

aber ein wesentlicher Faktor für ihre Intensivierung und das Scheitern von Verhandlungen darstellt.

Stephen Reyna argumentiert anhand einer Analyse der Rolle internationaler Akteure im Tschad,⁴¹ dass der Wettbewerb zwischen Frankreich und den USA um die informelle Kontrolle über die Erdölvorkommen des Landes bei der lokalen Bevölkerung ein Bedrohungsbewusstsein hervorgerufen hat, das zur Dämonisierung der Mitarbeiter des Förderkonsortiums führte und auf diese Weise Widerstand motivierte. Mythische Vorstellungen werden also hier in direkten Bezug zur Rohstoffförderung gesetzt. Die kulturelle Dimension der Auseinandersetzung der lokalen Bevölkerung mit der Logik westlicher Erdölproduzenten wird systematisch diskutiert und in den Kontext größerer gesellschaftlicher und internationaler Konflikte gestellt. Auf diese Weise entsteht eine wichtige Ergänzung zur zumindest implizit von *rational choice* Annahmen und Elitenfixierung geprägten politikwissenschaftlichen Forschung zum *resource curse*, die weit über den afrikanischen Kontext hinausgeht. Deutlich wird dies auch im Schlusswort von Günther Schlee,⁴² der die Rolle der Rohstoffe in gewaltsamen Konflikten schlüssig relativiert: „The resource question is: What do people fight about? The identity questions are: Who fights whom? [...] The resource question [...] never determines the identification processes of friend and foe“ (S. 298f.). Auch wenn man die ideologischen Grundannahmen der Herausgeber über die Entwicklung kapitalistischer Systeme nicht teilt, bietet der Sammelband nicht nur interessante Fallstudien, sondern auch wesentliche Anstöße zu einer kritischen Hinterfragung der bisherigen Ansätze zum *resource curse*. Das Buch gehört damit zu den empirisch umfassendsten und innovativsten Publikationen, die in den letzten Jahren zum Thema erschienen sind.

Ebenfalls eine anthropologische Perspektive bietet Kristin Reed in ihrer Analyse lokaler Konflikte in den Erdölförderregionen Angolas.⁴³ Dabei untersucht sie die Förderanlagen nicht so sehr als isolierte Enklaven, sondern vielmehr als Zentren beziehungsweise Ausgangspunkt sehr unterschiedlicher Konflikte im Zusammenhang mit sozialer Exklusion und ökologischer Degradierung, politischen Gegensätzen und gewaltsamen Auseinandersetzungen sowie internationalen Interessen, sodass sich ein Gesamtbild der Bedeutung des Erdölbooms sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für das politische System des Landes ergibt. Dieses Bild wird sehr stark über persönliche Eindrücke und Erlebnisse vermittelt, die exemplarisch für die angenommenen Phänomene und Kausalzusammenhänge sein sollen. Für den eher an die Lektüre auf direkte kausale Zusammenhänge fokussierter sozialwissenschaftlicher Texte gewöhnten Leser mag dies entweder als erfrischende Bereicherung oder als unangemessener Ausflug in journalistische Versuche der Erzeugung von Authentizität wirken. Unabhängig von der Einschätzung des Präsentationsstils ist aber die empirische Faktenkenntnis der Autorin souverän, ihre eigene Datenerhebung umfangreich und der Argumentationsgang gut durchdacht.

Zu Beginn stellt die Autorin den ‚Petro-Kapitalismus‘ in Angola dar, der es der herrschenden Elite in Kooperation mit internationalen Erdölkonzernen erlaubt, durch die intransparente Kontrolle der Rohstoffeinnahmen die eigene Herrschaft unter Ausschluss der großen Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Dann beschreibt sie, wie dieses System gewaltsame

41 Reyna, Stephen P.: Constituting Domination/Constructing Monsters. Imperialism, Cultural Desire and Anti-beowolfs in the Chadian Petrostate, in: ebd., S. 132–163.

42 Schlee, Günther: Suggestions for a Second Reading. An Alternative Perspective on Contested Resources as an Explanation for Conflict, in: ebd., S. 298–302.

43 Reed, Kristin: Crude Existence. Environment and the Politics of Oil in Northern Angola, University of California Press, Berkeley, CA 2009.

Konflikte erzeugt und bietet einen prägnanten Überblick über den Verlauf des Bürgerkrieges. Anschließend wird auch ‚biophysische Gewalt‘ als Zerstörung von Ökosystemen erfasst: „Consideration of the biophysical form of petro-violence may seem contentious, but community-level studies have articulated pollution associated with extraction as a form of environmental violence“ (S. 44f.). Im dritten und vierten Kapitel beschreibt Reed die ‚Petro-Gewalt‘ anhand zweier Fallbeispiele, wobei sie vor allem Narrative der lokalen Bevölkerung unterusucht. Sie zeigt zunächst, dass die Unzufriedenheit der lokalen Bevölkerung über ihre fehlende Beteiligung am Erdölreichtum und über ökologische Missstände aufgrund von Repressionen und fehlenden politischen Alternativen weder zu Protesten noch zu größeren Kompensationsleistungen führt. Die Fischer von Cabinda Stadt hingegen, die unter der Erdölförderung in den Küstengewässern leiden, haben im Kontext der Unabhängigkeitsbestrebungen ihrer Region ihrem Protest gegen die Folgen der Erdölförderung erfolgreicher Ausdruck verleihen können und von der verantwortlichen Förderfirma umfangreiche, wenn auch nicht umfassende, Entschädigungszahlungen erhalten. In beiden Fällen erlauben der Autorin umfangreiche Interviews nicht nur die politische Logik der Proteste, sondern auch die Wahrnehmungen, Probleme und Motive der betroffenen Bevölkerungsgruppen sehr detailliert zu erfassen.

Anschließend beschäftigt sich Reed mit der gewaltsamen Territorialisierung durch staatlich geförderte Milizen sowie die Territorialisierung durch internationale Erdölfirmen, die *de facto* in den Förderregionen staatliche Funktionen insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme übernehmen. In beiden Fällen definiert die Territorialisierung, welche Bevölkerungsgruppen zur Förderregion gehören und damit Zugang zu den entsprechenden materiellen Vorteilen haben und welche Gruppen ausgeschlossen werden. Territorialisierung wird damit zum Kernbegriff für die Erklärung der in den beiden Fallstudien aus den vorhergehenden Kapiteln exemplarisch aufgezeigten Probleme von Exklusion und Degradierung. Das Konzept der Territorialisierung kann einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von rohstoffbezogenen Konflikten leisten, da es genau auf die von Schlee aufgeworfene Identitätsfrage („Who fights whom?“) eine analytisch begründete Antwort geben kann.

Die afrikanische Region zeigt exemplarisch, dass Rohstoffreichtum nur dann sozioökonomische Entwicklung fördern kann, wenn das politische System einen konstruktiven Umgang mit den entsprechenden Einnahmen erlaubt. Die Unfähigkeit, Reichtum gewaltfrei zu nutzen beziehungsweise zu verteilen, ist dabei ein Problem der Politik, das nicht allein auf die Eigenschaften der Rohstoffproduktion zurückzuführen ist, sondern seine Wurzeln zu einem großen Teil in der Vielzahl gewaltgeladener gesellschaftlicher Konfliktlinien sowie in der Schwäche staatlicher Institutionen hat, die viele der rohstofffördernden Staaten in Afrika prägen. Diese Schwächen wiederum provozieren dann die gerade vorgestellten Formen von Territorialisierung, die sich an den Rohstoffvorkommen orientieren und zu einem großen Teil durch diese erst möglich werden.

4. Regulierung der Produktion und der Finanzströme: Fallbeispiel ehemalige Sowjetunion

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende der Planwirtschaft stellte die Umstrukturierung des Wirtschafts- und Rechtssystems sowie des dazugehörigen Verwaltungsapparates die dringlichste Herausforderung für die neu entstanden Staaten dar. Die staatliche Regulierung der Erdölproduktion bezieht sich in der Regel auf die Schaffung und

Implementierung eines rechtlichen Rahmens für Eigentumsrechte an Bodenschätzen, für ihre Förderung, für ausländische Direktinvestitionen, Umweltschutzaufgaben und umfasst darüber hinaus häufig Gründung und Management einer staatlichen Ölfirma. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Umgang mit den Einnahmen aus der Rohstoffproduktion. Dabei geht es zum einen um die Organisation der Geldflüsse und die staatliche Haushaltspolitik, zum anderen um die Bekämpfung von Korruption. In der aktuellen Literatur werden derzeit folgende drei Fragen bezüglich des staatlichen Umgangs mit Ressourcen besonders intensiv und teilweise kontrovers diskutiert: Erstens geht es darum, ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen die Förderung durch private internationale Erdölfirmer effizienter ist als die Schaffung einer staatlichen Firma und wie die jeweiligen rechtlichen Regelungen der Geschäftstätigkeit aussehen sollen. Zweitens beschäftigt sich die Forschung unter dem Stichwort ‚Ressourcennationalismus‘ mit dem sich verschlechternden Verhältnis zwischen Gastländern und ausländischen Investoren, welches in den letzten Jahren verstärkt zu beobachten war. Drittens wird darüber debattiert, wie die Einnahmen aus der Rohstoffproduktion mit dem größten volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen verwaltet und verwendet werden können. Dieser Aspekt lässt sich in drei Teilbereiche zerlegen: die institutionelle und organisatorische Verwaltung der Einnahmen, die Finanzbeziehungen zwischen dem Zentrum und den Förderregionen sowie die Korruptionsgefahr.

4.1. Eigentümerstruktur und Effizienz

Da sich Bodenschätze in den meisten Ländern in Staatsbesitz befinden, fallen die Einnahmen aus ihrer Förderung dem Staatshaushalt zu. Diese Tatsache führt häufig zu einem verstärkten Engagement des Staates im Rohstoffsektor.⁴⁴ Die Frage der Regulierung und Privatisierung wurde dabei für die erdöl- und erdgasproduzierenden Staaten der Region, Aserbaidschan, Kasachstan, Russland und Turkmenistan, zur vordringlichsten Aufgabe bei der Vorbereitung auf einen Erdölboom.

Die meisten Ökonomen betonen die Bedeutung von Privatbesitz für die Stimulierung von Innovationen und sie betrachten Staatsbesitz generell als Hort der Ineffizienz in Bezug auf die Herstellung, Allokation und Verwendung von Ressourcen.⁴⁵ Sie argumentieren, dass Politiker, als Sachwalter von Staatsbesitz, oft nicht im Interesse der Allgemeinheit handeln. Ineffizienz ist somit das Ergebnis einer bewussten Politik der Regierung, wonach Ressourcen an politische Anhänger vergeben werden, eine laxen Haushalts- und Fiskalpolitik betrieben wird und eine Tendenz zur Überschuldung besteht.⁴⁶

44 Stevens, Paul: The Impact of Oil on the Role of the State in Economic Development. A Case Study of the Arab World, in: Arab Affairs 1 (1986), S. 87–101; Auty, Richard M./Mikesell, Raymond F.: Sustainable Development in Mineral Economies, Clarendon, Oxford 1998; Ross, Michael L.: The Political Economy of the Resource Curse, in: World Politics 51 (1999), S. 297–322; Sarraf, Maria/Jiwanji, Moortaza: Beating the Resource Curse. The Case of Botswana, World Bank, Washington, DC 2001; Wolf, Christian: Does Ownership Matter? The Performance and Efficiency of State Oil vs. Private Oil (1987–2006), in: Energy Policy 37 (2009), S. 2642–2652; Kjærnet, Heidi: National Oil Companies and the State, in: Heinrich/Pleines: Challenges of the Caspian Resource Boom (wie FN 10), S. 191–204.

45 Boardman, Anthony E./Vining, Aidan: Ownership and Performance in Competitive Environments. A Comparison of the Performance of Private, Mixed and State Owned Enterprises, in: Journal of Law and Economics 32 (1989), S. 1–34; Isaac Ehrlich u. a.: Productivity Growth and Firm Ownership. An Analytical and Empirical Investigation, in: Journal of Political Economy 102 (1994), S. 1006–1038.

46 Kornai, Janos: The Soft Budget Constraint, in: Kyklos 39 (1986), S. 3–30; Shleifer, Andrei/Vishny, Robert W.: Politicians and Firms, in: Quarterly Journal of Economics 109 (1994), S. 995–1025.

Diese Sicht basiert auf der Annahme eines Wettbewerbsmarktes mit einer unbegrenzten Anzahl von Marktteilnehmern, vollständiger Information und dem Fehlen jeglicher Markteintrittsbarrieren. Der Rohstoffsektor ist aber generell durch seine oligopolistische Struktur und die Dominanz einiger weniger Großunternehmen gekennzeichnet. Extreme *economics of scale* bei der Förderung von Bodenschätzen behindern den Marktzugang für neue Unternehmen. Der Wettbewerb im Erdöl- und Erdgassektor wird des Weiteren dadurch erschwert, dass der Sektor (und hier besonders der Erdgassektor) auf Pipelines für den Transport der Rohstoffe angewiesen ist. Pipelines erlauben aber nur regionale, oft monopolistisch strukturierte Märkte.⁴⁷

Die Profitabilität des Sektors macht ihn zudem anfällig für Korruption. In seiner Analyse der Rolle des Staates im Erdöl- und Erdgassektor kommt Joseph Stiglitz zu dem Ergebnis, dass in einem solchen Umfeld Privatunternehmen nicht notwendigerweise effizienter arbeiten als Staatsunternehmen.⁴⁸ Vielmehr gibt es Staatsunternehmen im Erdöl- und Erdgassektor, die sowohl effizient als auch kaum korrupt sind und über lange Zeit hinweg erfolgreich gearbeitet haben, wie zum Beispiel das norwegische Unternehmen *Statoil*. Allerdings sind solche Unternehmen in ein stabiles institutionelles Gerüst mit gesicherten Eigentumsrechten, klaren marktwirtschaftlichen Regeln und funktionierenden Regulierungsbehörden eingebettet. Zudem sind sie Marktgesetzen und Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Wenn eine solche institutionelle Umgebung vorhanden ist, spielt die tatsächliche Eigentumsform des Unternehmens eine wesentlich geringere Rolle für seine Effizienz. Darüber hinaus bedürfen Staatsunternehmen eines kompetenten Managements, das es vor Einflussnahme durch die Politik schützt, um effizient zu agieren. Die institutionellen Rahmenbedingungen und die Bereitschaft der Regierung, auf eine politische Einflussnahmen auf das Unternehmen zu verzichten, sind somit wichtige Kriterien für die Effizienz von Staatsunternehmen im Erdöl- und Erdgassektor.⁴⁹

David Victor, David Hults und Mark Thurber haben eine globale Analyse von Staatsbetrieben im Erdöl- und Erdgassektor (*national oil company, NOC*) vorgelegt, wobei solche Unternehmen einbezogen wurden, die den Sektor in Bezug auf ihre Reserven und ihre Produktion dominieren.⁵⁰ Ähnlich wie Stiglitz stellen die Herausgeber des Bandes in ihrer Einleitung heraus, dass es eine große Bandbreite innerhalb der Kategorie ‚Staatsbetrieb‘ gibt: von profitorientierten Unternehmen, die sich kaum von Privatfirmen unterscheiden, wie zum Beispiel Saudi Arabiens *Aramco* oder Norwegens *Statoil*, bis hin zu Unternehmen mit vielfältigen sozialen und politisch-administrativen Funktionen, wie Russlands *Gazprom* oder auch *Petróleos de Venezuela*. Der Sammelband versucht, Gemeinsamkeiten innerhalb dieser disparaten Gruppe von Unternehmen herauszuarbeiten und die Unterschiede in Strategie (verstanden als Langzeitziel des Unternehmens) und Leistung (ökonomische Effizienz in Erschließung, Produktion und Vertrieb) zu erklären. Faktoren, die diese Unterschiede erklären sollen, sind das Verhältnis der Unternehmen zur Regierung des jeweiligen Heimatlandes, die Ziele dieser Regierung für das Unternehmen und die geologischen Verhältnisse der Förderstätten. Mit einer kohärenten, gemeinsamen Forschungsfrage werden fünfzehn

47 Siehe z. B. Banks, Ferdinand E.: *Energy Economics*, Kluwer Academics, Boston 2000.

48 Stiglitz, Joseph: *What Is the Role of the State?*, in: Humphreys, Macartan/Sachs, Jeffrey/Stiglitz, Joseph (Hrsg.): *Escaping the Resource Curse*, Columbia UP, New York 2007, S. 23–52.

49 Yakovlev, Andrei: *Spros na pravo v sfere korporativnogo upravljenija*, GU VŠE, Moskau 2004; S. 148–155; Stiglitz: *What is the Role of the State?* (wie FN 48), hier S. 34–38.

50 Victor, David G./Hults, David R./Thurber, Mark C. (Hrsg.): *Oil and Governance. State-owned Enterprises and the World Energy Supply*, Cambridge UP, Cambridge u. a. 2012.

strukturierte Fallstudien vorgestellt, die alle dieselben Faktoren abprüfen und so einen systematischen Vergleich ermöglichen. Den Fallstudien gehen drei vergleichende theoretische Sektorenstudien voraus, die die in den Fallstudien gewonnenen empirischen Ergebnisse bezüglich der drei Erklärungsfaktoren systematisieren.

So untersucht David Hults, wie staatliche Verwaltungskapazitäten im Zusammenspiel mit Staatszielen die Leistung eines Staatsunternehmens beeinflussen.⁵¹ Auch wenn die staatliche Verwaltung nationaler Erdölunternehmen sehr länderspezifisch ist, stellt der Autor doch eine Gemeinsamkeit fest: „Most NOC governance systems are a hybrid of corporate governance, public administration and regulation“ (S. 62). Hults kommt anhand der fünfzehn Fallstudien des Sammelbandes zu dem Ergebnis, dass Staatsunternehmen unter einer einheitlichen Kontrolle des Staates (sprich der eindeutigen Zuordnung von Kompetenzen) und mit Kontrollsystemen, die auf flexiblere *ex post* Überwachungsmaßnahmen und nicht auf starre *ex ante* Verfahrensregeln setzen, effektiver agieren. Rechtsstaatlichkeit hingegen ist nicht immer effizienzfördernd: „In several instances, laws enshrine deeply inefficient governance systems“ (S. 65).

Nadejda Victor und Inna Sayfer präsentieren mit einer Analyse des russischen Erdgaskonzerns *Gazprom* die einzige Fallstudie aus der ehemaligen Sowjetunion, die aber leider von eher unterdurchschnittlicher Qualität ist.⁵² Neben wenigen Quellennachweisen weist der Beitrag auch einige inhaltliche Unzulänglichkeiten auf. So wird etwa bei der Darstellung der internationalen Aktivitäten des Unternehmens seine Repräsentanz auf dem deutschen Markt sträflich vernachlässigt, obwohl es sich um einen der wichtigsten Auslandsmärkte für *Gazprom* handelt. Auch enthält die Fallstudie viele Allgemeinplätze und politisierende Äußerungen, wie zum Beispiel „gas wars“ (S. 684) oder der Verweis auf den Vergleich der *Nord Stream Pipeline* mit dem „Molotov-Ribbentrop Pact“ (S. 689), die ohne Kontext und ausreichende Erklärung eingeführt werden und für die Argumentation des Beitrags weder notwendig noch hilfreich sind.

Im abschließenden Kapitel⁵³ fassen die Herausgeber die aus den Fallstudien gewonnenen Ergebnisse wie folgt zusammen: „Both strategy and performance respond, mainly, to the same underlying fundamental forces such as the goals of the state, the type of geology, and the state-NOC relationship“ (S. 919). Dabei lassen die Autoren keinen Zweifel daran, dass die Beziehungen zwischen Staat und Staatsunternehmen von entscheidender Bedeutung sind (S. 918). Dies gilt auch für die Effizienz eines Unternehmens. Diese sei zum einen von den seitens der Regierung formulierten Zielen abhängig (S. 900), zum anderen seien die Gründe für schlechtes wirtschaftliches Abschneiden in „the whole system of the state-NOC interactions“ zu suchen (S. 911).

Insgesamt macht dieser Sammelband einen sehr kohärenten Eindruck. Leider wird die Fragestellung von den Autoren recht eng gefasst und vor allem wirtschaftswissenschaftlich bearbeitet, eine politische Analyse kommt dabei zu kurz. Der politische Aspekt bei Staatsunternehmen hätte stärker und detaillierter herausgearbeitet werden können. Bezüglich der Unternehmensstrategie wird die Internationalisierung eines Unternehmens nur anhand seiner Produktion im Ausland gemessen. Damit werden Vertrieb und Transport unzulässigerweise vernachlässigt, obwohl zum Beispiel in der Fallstudie zu *Gazprom* solche Aktivitäten explizit (wenn auch unvollständig) aufgelistet werden. Zudem kommen die Fallstudien mit

51 Hults, David: Hybrid Governance. State Management of National Oil Companies, in: ebd., S. 62–120.

52 Victor, Nadejda/Sayfer, Inna: *Gazprom. The Struggle for Power*, in: ebd., S. 655–700.

53 Victor, David G./Hults, David R./Thurber, Mark C.: Major Conclusions and Implications for the Future of the Oil Industry, in: ebd., S. 887–928.

wenigen Literaturangaben aus, viele Aussagen und Fakten sind nur spärlich belegt. Die Zahlen und teilweise auch Fakten der meisten Fallstudien datieren noch von 2008; einige Beiträge heben sich durch Zahlen und Fakten von 2010 positiv davon ab. Die Herausgeber hätten hier auf eine Aktualisierung aller Beiträge drängen sollen.

Stärker herausgearbeitet wird die politische Dimension in der Analyse zu Eigentümerstrukturen im Ölsektor der ehemaligen Sowjetunion von Pauline Jones Luong und Erika Weinthal.⁵⁴ Sie unterscheiden vier idealtypische Eigentumsformen: Staatsbesitz mit und ohne Managementkontrolle, heimischer Privatbesitz und ausländischer Privatbesitz. Sie heben die Bedeutung von Institutionen hervor, gehen aber davon aus, dass „institutions in mineral-rich states are not a product of their wealth per se, but rather ownership structure“ (S. 4). Sie sprechen deshalb von einem „curse of ownership“ (S. 6). Die negativen Auswirkungen eines Rohstoffbooms würden demnach nicht hervorgerufen durch den Ressourcenreichtum, sondern insbesondere durch Staatsbesitz mit Kontrolle über Unternehmensaktivitäten (S. 74).

Jones Luong und Weinthal gehen erstens davon aus, das politische Führungseliten rohstoffreicher Länder sich stets für eine Besitzstruktur entscheiden, die ihnen möglichst große Zugriffsrechte auf die jeweiligen Ressourcen gestattet, zugleich ihre eigene Machtposition aber nicht gefährdet (S. 302). Die Wahl der Eigentumsform ist dabei nur durch das Vorhandensein alternativer Einnahmen und politischen Wettbewerbs eingeschränkt (S. 300).

Um eine komplexere Erklärung vorzulegen, als sie die Literatur zum ‚Ressourcenfluch‘ liefert, bringen die Autorinnen zweitens bestimmte Eigentumsverhältnisse mit bestimmten Besteuerungssystemen und Ausgabenentscheidungen in Verbindung. So sei die Entwicklung schwacher Finanzsysteme eine rationale Reaktion auf Anreize, die die Eigentumsform ‚Staatsbesitz mit Kontrolle‘ liefert (S.74). Sie ist somit aus Sicht der Autorinnen eine bewusste Entscheidung, nicht Risikoaversion oder Myopie, wie in der Literatur zum ‚Ressourcenfluch‘ angeführt wird. Institutionenbildung wird ihrer These zufolge von der politischen Elite nicht vernachlässigt, sondern bewusst ausgelassen, da sie ihren Interessen zuwiderlaufen würde.

Ein dritter Punkt ist mit „the demand side of institutional formation“ (S. 74) die Rolle, die gesellschaftliche Erwartungen für Entscheidungsfindungen politischer Eliten spielen: „[W]hen the state owns and controls the mineral sector, it is also driven by the popular notion that the state should constitute both the country’s primary sources of revenue and economic activity“ (ebd.). Diese staatszentrierte Denkweise bei Eliten wie Bevölkerung, hervorgerufen durch bestimmte Eigentumsstrukturen, ist verantwortlich für die Einführung von Subventionen und letztendlich Einkommensungleichheit und Armut, da Politikentscheidungen auf populistische Aktionen statt langfristige Planung abzielen. „Yet [...] policy failure should be attributed instead to ownership structure, because each form fosters incentives not only to create particular types of taxation and spending policies but also to follow a certain type of development strategy“ (S. 330).

Die Monographie von Jones Luong und Weinthal stellt eine Zusammenschau der in den letzten zehn Jahren von den beiden Autorinnen publizierten Zeitschriftenaufsätze dar. Dies mag die teilweise veraltete Literatur und die nicht mehr aktuellen Daten (weitgehend von Mitte der 2000er Jahre) erklären. Das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses, obwohl der Text von Abkürzungen nur so strotzt, erschwert das Lesen unnötigerweise. Jones Luong und Weinthal übersimplifizieren die Kausalmechanismen, wie es auch andere Studien der

54 Jones Luong, Pauline/Weinthal, Erika: Oil Is not a Curse. Ownership Structure and Institutions in Soviet Successor States, Cambridge UP, Cambridge u. a. 2010.

quantitativ orientierten Strömung in den Sozialwissenschaften tun. Als intervenierender Faktor wird letztlich nur die Eigentümerstruktur eingeführt, die sie auch für die negativen Auswirkungen eines Ressourcenbooms verantwortlich machen (S. 27). Diese Vereinfachung erscheint etwas zu weitgehend: Die Eigentümerstruktur ist nur eine von vielen relevanten Politikentscheidungen, wie auch viele der im Folgenden vorgestellten Publikationen belegen. Nichtsdestotrotz ist die Monographie detailliert und kenntnisreich und stellt eine empfehlenswerte Lektüre dar.

4.2. ‚Ressourcennationalismus‘

Bei der Ausbeutung von Bodenschätzen verbinden Gastländer und ausländische Direktinvestoren komplementäre Interessen: Während die ersteren Investitionskapital und Technologie zur Förderung benötigen, suchen Investoren Zugangs- und Verfügungsrechte zu diesen Rohstoffen. Diese anfängliche Reziprozität der Interessen hat aber ihre Grenzen.⁵⁵ Die Erforschung und Förderung von Erdöl- und Erdgasvorkommen weist strukturelle Charakteristika auf: Die Projekte benötigen umfangreiches Investitionskapital, haben einen langen Amortisationszeitraum, zudem bestehen neben unvollständigem Informationsaustausch zwischen den Projektpartnern in den meisten Fällen auch signifikante Unterschiede in der Fähigkeit, die Projektrisiken zu tragen. Im Verlauf solcher Langzeitprojekte ändern sich häufig die Interessen der Beteiligten und das Verhältnis zwischen Gastland und Investor, bedingt durch konkretere Informationen über die Vorkommen und durch das sich verändernde ökonomische Risiko. Daher sind Verträge zur Ausbeutung von Bodenschätzen potenziell instabil; einer oder beide Vertragspartner betrachten möglicherweise den Vertrag zu einem bestimmten Zeitpunkt als veraltet und wollen ihn nachverhandeln (*obsolescing bargain*). Die strukturellen Charakteristika machen solche Projekte dann besonders anfällig für Manipulationen durch die Regierung des Gastlandes. Als Eigentümer der Bodenschätze können Gastländer dabei die bereits getätigten Investitionen als ‚Geiseln‘ nehmen und höhere Zahlungen oder eine verringerte Beteiligung des ausländischen Investors (Devestition) bis hin zur Enteignung durchsetzen.⁵⁶

Um diese Risiken auszugleichen, existieren eine Reihe von Regularien in der internationalen Praxis für ausländische Direktinvestitionen in Erdöl- und Erdgasprojekte. Diese Regularien müssen flexibel genug sein, um politische und ökonomische Veränderungen aufzufangen, die sich aus Nachverhandlungswünschen und Rohstoffpreisfluktuationen ergeben. Seit den 2000er Jahren hat der drastische Anstieg der internationalen Erdölpreise weltweit zu einer Welle von Forderungen seitens der Gastländer geführt, die ihren Anteil an den Gewinnen erhöhen wollen. So haben Regierungen die Steuerbestimmungen sowie den rechtlichen Rahmen für ausländische Investitionen geändert und nichtfiskalische Maßnah-

55 Tordo, Silvana: Fiscal Systems for Hydrocarbons. Design Issues, World Bank, Washington, DC 2007 (Working Papers 123).

56 Vernon, Raymond: Sovereignty at Bay. The Multinational Spread of US Enterprises, Basic Books, New York 1971; Kobrin, Stephen J.: Political Risk. A Review and Reconsideration, in: Journal of International Business Studies 10 (1979), S. 67–80; Kalotay, Kalman: Multinationals at Bay? Why Liberalization of Host Countries Towards Foreign Investors is still Alive, in: The Geneva Post Quarterly 2 (2007), S. 129–161; Waelde, Thomas W.: Renegotiating Acquired Rights in the Oil and Gas Industries. Industry and Political Cycles Meet the Rule of Law, in: Journal of World Energy Law & Business 1 (2008), S. 55–97; Vivoda, Vlado: Resource Nationalism, Bargaining and International Oil Companies. Challenges and Change in the new Millennium, in: New Political Economy 14 (2009), S. 517–534.

men genutzt, um bei den Investoren Akzeptanz für solche Vertragsänderungen zu erzwingen.⁵⁷ Diese Versuche, die staatliche Bedeutung in der Erdöl- und Erdgaswirtschaft gegenüber ausländischen Konzernen zu stärken, werden unter dem Begriff des ‚Ressourcen-nationalismus‘ zusammengefasst.

Das Nachverhandeln von Verträgen ist dabei ein Phänomen, das sich nicht an der politischen Orientierung eines Landes oder an seinem politischen Regimetyyp festmachen lässt.⁵⁸ Die Literatur zu Rohstoffbooms unterstellt allerdings, dass schwache Institutionen und eine unterentwickelte Rechtsstaatlichkeit Ressourcenationalismus fördern, ebenso wie das Fehlen von Beschränkungen für die Exekutivmacht die Wahrscheinlichkeit erhöhen soll, dass *obsolescing bargaining* auftritt.⁵⁹ In Teilen der Literatur wird daher autoritären Regimen unterstellt, dass sie Investitionsregime eher nachträglich ändern als Demokratien, welche „provide firmer institutional barriers against political arbitrariness.“⁶⁰

Diese Schlussfolgerung ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben. So untersucht Oksan Bayulgen, welche politischen Institutionen und Regime in der Lage sind, für ausländische Investoren günstige Bedingungen zu schaffen.⁶¹ Die Autorin geht davon aus, dass die vorhandene Literatur eine unzulässige Vereinfachung des Zusammenhangs zwischen ausländischen Direktinvestitionen und Regimetyyp vornimmt und die Komplexität der Politik im Gastland vernachlässigt. Um dies zu vermeiden, müssten detaillierte Fallstudien statt quantitativer Reihenuntersuchungen durchgeführt werden, die die internen Entscheidungsprozesse im Gastland beleuchten. Bayulgen klassifiziert Regimetypen anhand institutioneller Beschränkungen der Exekutivmacht (durch Vetospieler) und anhand des politischen Wettbewerbs in einem Land (gemessen an der Anzahl und organisatorischen Kapazität politischer Parteien und Interessengruppen). Sie unterscheidet dabei autoritäre und hybride Regime sowie konsolidierte Demokratien. Damit erweitert sie die vielfach verwendete Demokratie-Autokratie-Dichotomie und führt hybride Regime als eigenständigen Regimetyyp ein. Ihrer Meinung nach gibt das Studium der politischen Regime nicht nur Auskunft über die Fähigkeit, ausländische Investitionen anzuziehen, sondern auch über die Verwendung der generierten Einnahmen (S. 11). Ob dabei von ausländischen Direktinvestitionen ein positiver Einfluss auf die Entwicklung eines Landes ausgeht, hängt nach Bayulgen von der Qualität der Institutionen und von der *Governance*-Kapazität des politischen Regimes ab. Sie setzt sich damit von neoliberalen und Dependenz-Ansätzen ab, die ausländischen Direktinvestitionen generell einen guten oder schlechten Einfluss zuschreiben.

In drei Fallstudien untersucht Bayulgen die Akquise von und Einstellung zu ausländischen Direktinvestitionen im Erdölsektor in Aserbaidschan, Russland und Norwegen. Gemäß des *obsolescing bargain* ist das politische Risiko solcher Investitionen bestimmt durch die relative Marktmacht und Verhandlungsposition von Gastland und Investor. Nach Bayul-

57 Kalyuzhnova, Yelena/Nygaard, Christian: State Governance Evolution in Resource Rich Transition Economies. An Application to Russia and Kazakhstan, in: Energy Policy 36 (2008), S. 1829–1842; Claude Duval u. a.: International Exploration and Exploitation Agreements. Legal Economic and Policy Aspects, Second Edition, Barrows, New York 2009.

58 Mikesell, Raymond F.: Foreign Investment in Copper Mining. Case Studies of Mines in Peru and Papua New Guinea, Johns Hopkins UP, Baltimore, MD 1975; Moran, Theodore H.: Foreign Direct Investment and Development. The New Policy Agenda for Developing Countries and Economies in Transition, Peterson Institute for International Economics, Washington, DC 1998, S. 143.

59 Vernon: Sovereignty at Bay (wie FN 56).

60 Jakobsen, Jo: Does Democracy Moderate the Obsolescing Bargain Mechanism? An Empirical Analysis, 1983–2001, in: Transnational Corporations 15 (2006), S. 65–104, hier S. 98.

61 Bayulgen, Oksan: Foreign Investments and Political Regimes. The Oil Sector in Azerbaijan, Russia, and Norway, Cambridge UP, Cambridge u. a. 2010.

gen muss der Ansatz aber um die politische Struktur des Gastlandes erweitert werden. Sie zieht in Zweifel, dass ausländische Direktinvestitionen nur von Demokratien oder nur von autoritären Regimen angezogen werden und argumentiert, dass beide Regimetypen in der Lage sind, vorteilhafte Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen zu schaffen. Hybride Regime hingegen schneiden deutlich schlechter ab. Der Vergleich zwischen Aserbaidschan und Norwegen hinterfragt auch die Stimmigkeit der deterministischen Rentierstaatstheorie.

Bei der Frage, ob ausländische Direktinvestitionen vorteilhaft für die Entwicklung eines Landes sind, hängt die Antwort von den jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen ab, die bereits vor dem Zufluss der Investitionen existierten. Damit spricht sich die Verfasserin gegen die These aus, dass ausländische Direktinvestitionen unweigerlich zu Demokratie führen, und gleichzeitig gegen die Behauptung der Dependenztheorie, dass ausländische Direktinvestitionen grundsätzlich undemokratische Auswirkungen haben. Nach Bayulgen unterstützen ausländische Direktinvestitionen die bestehenden Regime gleich welcher Art.

Dieses kompetente Buch bringt eine differenziertere Position in die recht holzschnittartige Diskussion um Regimetypen und Direktinvestitionen ein. Es hätte allerdings durch eine Aktualisierung von Zahlen, Literatur und Bewertungen (bezüglich Russlands und seiner autoritären Tendenzen) noch verbessert werden können. Auch macht Bayulgen leider keine Aussagen über die Verwendung der Einnahmen, obwohl das angeblich auch möglich ist (S. 11).

Auch Christopher Warsaw beschäftigt sich in seinem Beitrag zum oben bereits vorgestellten Sammelband zu Staatsunternehmen mit den Bedingungen, unter denen Staaten Erdölunternehmen enteignen oder privatisieren. Ausgangspunkt der Überlegung ist dieselbe Annahme wie auch bei Jones Luong und Weinthal, dass Regierungen in der Ölindustrie strategische Entscheidungen treffen, die darauf gerichtet sind, den Machterhalt zu sichern.⁶² Diese Entscheidungen sind allerdings begrenzt durch Kontrollmechanismen. Der Autor unterstellt Staaten und Regierungen dabei rationales Verhalten basierend auf deren Kosten-Nutzen-Kalkulationen. „I find that states respond rationally to their political incentives and constraints. In particular, the amount of checks and balances that constrain opportunistic state leaders is an important determinant of whether states decide to nationalize their oil industries“ (S. 56). Gleichzeitig sind Demokratien mit starken Kontrollmechanismen eher bereit, Staatsbetriebe im Erdöl- und Erdgassektor zu privatisieren als Autokratien mit schwachen Kontrollmechanismen. Institutionen in Form von Kontrollmechanismen spielen also nach Warsaw bei Entscheidungen über Enteignungen und Privatisierungen eine große Rolle (S. 57). Der Autor betont daher, dass die politischen Prozesse in einem Land berücksichtigt werden müssen.

Yelena Kalyuzhnova untersucht in ihrer Monographie ebenfalls die ökonomischen Aspekte des Ressourcenreichtums mit speziellem Fokus auf Förderunternehmen und ihr sich änderndes Verhältnis zu den Gastländern sowie auf die Verwaltung der Rohstoffeinnahmen durch Staatsfonds in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan.⁶³ Nach einer

62 Warsaw, Christopher: The Political Economy of Expropriation and Privatization in the Oil Industry, in: Victor/Hults/Thurber: Oil and Governance (wie FN 50), S. 35–61, hier S. 36. Siehe dazu auch Gagel, Aike: Direktinvestitionen und Eigentumsrechte. Die Problematik von Enteignungen am Fallbeispiel des Erdölsektors in Kasachstan, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2011 (Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 117)

63 Kalyuzhnova, Yelena: Economics of the Caspian Oil and Gas Wealth. Companies, Governments, Policies, Palgrave Macmillan, Houndmills 2008.

Vorstellung der wichtigsten Erdöl- und Erdgasprojekte der jeweiligen Länder behandelt die Autorin das sich ändernde Verhältnis zwischen Gastland und ausländischen Investoren. Allgemeine Entwicklungslinien werden angereichert durch detaillierte Fallstudien zu *British Petrol* in Aserbaidschan, *Burren Energy* in Turkmenistan und dem kasachischen Staatsunternehmen *Kazmunaigaz*. Ausländische Direktinvestitionen nennt Kalyuzhnova „challenges of governance“ (S. 125), die die Länder zu bewältigen haben. An diese *governance challenges* schließt die Analyse der Einführung der *local content*-Regel in Kasachstan an. Die Verpflichtung ausländischer Unternehmen, lokal erzeugte Zulieferprodukte zu verwenden, dient zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft und zur Befriedigung der Ansprüche der lokalen Eliten. Die gesamte Monographie stellt einen Mix aus theoretischen Überlegungen und empirischen Länderinformationen dar, gelegentlich angereichert durch Unternehmensstudien. Es fällt auf, dass einige Kapitel deutlich Kasachstan-lastig sind – die Autorin ist mit diesem Untersuchungsland am besten vertraut. Grundsätzlich ist das Buch sehr detailliert, darüber geht aber zuweilen die analytische Linie verloren.

Das Zusammenspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren im russischen Energiesektor behandelt Vladimir Gel'man in einem von ihm mitherausgegebenen Sammelband.⁶⁴ Das Kräfteverhältnis zwischen den Akteursgruppen ähnelt nach Gel'man dabei einer Pendelbewegung. Er führt die Rückeroberung der Kontrolle über den Energiesektor durch den russischen Staat auf ineffiziente politische Institutionen zurück, zum Teil eine Hinterlassenschaft der Sowjetunion, zum Teil neugeschaffen in den 1990er und 2000er Jahren, die die Grundlage und den Nährboden für den *crony capitalism* liefern. Auch er betont, dass ineffektive Institutionen in autoritären Regimen die negativen Auswirkungen eines *resource curse* verschlimmern.

Ein Erdölboom, verbunden mit hohen Weltmarktpreisen, kann eine Regierung – unabhängig von deren Regimetyp – zur Durchsetzung eines ‚Resourcennationalismus‘ verleiten, um die staatliche Kontrolle über den Sektor und den Anteil des Staates an den generierten Einnahmen zu erhöhen. Diese Maßnahmen, oftmals verbunden mit Rechtsbeugung und Vertragsbruch, führen häufig zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas im Land, zu einer ineffizienteren Ressourcennutzung und zu steigender Korruption.

4.3. Einnahmeverwendung

Neben der staatlichen Regulierung des Produktionsprozesses über rechtliche Rahmenbedingungen und die Beteiligung staatlicher Firmen ist auch die Regulierung und Verteilung der staatlichen Einnahmen aus einem Erdölboom von zentraler Bedeutung. Zum einen geht es darum, die mit der *Dutch disease* assoziierten wirtschaftlichen Probleme zu vermeiden und Preisschwankungen abzufedern, zum anderen muss über die Verwendung der Gelder entschieden werden. Staatsfonds (*sovereign wealth funds*) sind dabei zu einem der Hauptinstrumente für die Verwaltung von großen Einnahmeerlösen geworden, die ein Staat durch die Ausbeutung von Bodenschätzen erzielt.⁶⁵ Besonders in Boomphasen können Regierungun-

64 Gel'man, Vladimir: The Logic of Crony Capitalism. Big Oil, Big Politics, and Big Business in Russia, in: Gel'man/Marganiya: Resource Curse and Post-Soviet Eurasia (wie FN 21), S. 97–122.

65 Davis, Jeffrey M. u. a.: Stabilization and Savings Funds for Nonrenewable Resources. Experience and Fiscal Policy Implications, IMF, Washington, DC 2001; Hammer, Cornelia/Kunzel, Peter/Petrova, Iva: Sovereign Wealth Funds. Current Institutional and Operational Practices, IMF, Washington, DC 2008 (Working Paper WP/08/254); Bahgat, Gawdat: Sovereign Wealth Funds. Dangers and Opportunities, in: International Affairs, 84 (2008), S. 1189–1204; Luecke, Matthias: Stabilization and Savings Funds to Manage Natural Resource Revenues. Kazakhstan and Azerbaijan versus Norway, in: Comparative

gen Teile der Exporteinnahmen in den Staatsfonds transferieren, welcher dieses Geld auf den internationalen Kapitalmärkten und/oder in nationale Wohlfahrtsprogramme investieren kann. Wenn sich die Wirtschaftsentwicklung abschwächt, kann die Regierung die Investitionsgewinne und/oder die angesammelten Einlagen des Fonds nutzen, um Sozialprogramme zu finanzieren, die andernfalls gekürzt oder gestrichen werden müssten.⁶⁶

In der Praxis weisen solche Staatsfonds allerdings gemischte Resultate auf; die Erfahrungen einiger Länder sind sehr enttäuschend. Einige Forschungsergebnisse zeigen, dass positive Resultate von Staatsfonds von besserer *Governance* und einem stabileren institutionellen Gefüge abhängig sind.⁶⁷

Der von Boris Najman, Richard W. Pomfret und Gaël Raballand herausgegebene Sammelband betrachtet die internen Effekte und die Nachhaltigkeit des Ölbooms in Aserbaidschan und Kasachstan, den größten Ölproduzenten am Kaspischen Meer.⁶⁸ Neben der Frage nach den Mechanismen, die aus einem Rohstoffboom einen ‚Fluch‘ machen, fokussiert der Sammelband vor allem auf die Wohlfahrtseffekte: Wie werden die Öleinnahmen verteilt? Wie sollten die Verteilungsmechanismen beschaffen sein, damit die gesamte Bevölkerung profitiert? Zur Beantwortung dieser Fragen untersuchen die Autoren des Bandes die regionalen Disparitäten innerhalb eines Landes und das Sparen für zukünftige Generationen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die stärksten Umverteilungsmechanismen in Aserbaidschan und Kasachstan informell sind.

Gaël Raballand und Régis Genté betrachten in ihrem Beitrag die Frage, ob Rohstoffeinnahmen konsumiert oder gespart werden sollen, als die wichtigste Entscheidung in Staaten mit einem Rohstoffboom.⁶⁹ Da in Aserbaidschan und Kasachstan die Armut unter der Bevölkerung sehr hoch war, waren dementsprechend auch die Erwartungen der Bevölkerung groß, dass der Ölboom innerhalb kürzester Zeit ihre Lebensverhältnisse verbessern würde. Beide Länder errichteten Ölfonds zur Verwaltung der Rohstoffeinnahmen, die jedoch zwei zentrale Unzulänglichkeiten aufwiesen: unzureichende parlamentarische Kontrolle und fehlende Transparenz der Finanzflüsse. Die Autoren schätzen dabei die institutionelle Ausgestaltung des Fonds in Aserbaidschan besser ein als in Kasachstan, da dieser Fonds über eine Ausgabenbeschränkung verfügt, die vom Präsidenten festgesetzt wird, der auch über die Verwendung der Mittel bestimmt. Kasachstan stärkte zwar im Juli 2006 die Rolle des Parlaments gegenüber den vormals alleinigen Entscheidungsrechten des Präsidenten bei der Verwendung der Einnahmen, das seither Transfers vom Fond zum Staatshaushalt zustimmen muss und damit Einfluss auf die Höhe und die Verwendung der Mittel hat. Dies

Economic Studies 53 (2011), S. 35–56; Kalyuzhnova, Yelena/Nygaard, Christian: Special Vehicles of State Intervention in Russia and Kazakhstan, in: Comparative Economic Studies 53 (2011), S. 57–77.

66 Brown, Aaron/Papaioannou, Michael/Petrova, Iva: Macrofinancial Linkages of the Strategic Asset Allocation of Commodity-based Sovereign Wealth Funds, IMF, Washington, DC 2010 (Working Paper WP/10/9).

67 Davis, Graham A./Tilton, John E.: The Resource Curse, in: Natural Resources Forum 29 (2005), S. 233–242, hier S. 238; Kendall-Taylor, Andrea H.: Political Insecurity and Oil. The Effect of Time Horizons on Oil Revenue Management in Azerbaijan and Kazakhstan, in: Problems of Post-Communism 58 (2011), S. 44–57; Aslanli, Kenan: Managing the State Oil Fund in Azerbaijan, in: Heinrich/Pleines: Challenges of the Caspian Resource Boom (wie FN 10), S. 234–245; Kalyuzhnova, Yelena: The National Fund of the Republic of Kazakhstan, in: Heinrich/Pleines: Challenges of the Caspian Resource Boom (wie FN 10), S. 219–233.

68 Najman, Boris/Pomfret, Richard W./Raballand, Gaël (Hrsg.): The Economics and Politics of Oil in the Caspian Basin. The Redistribution of Oil Revenues in Azerbaijan and Central Asia, Routledge, London/New York 2008.

69 Raballand, Gaël/Genté, Régis: Oil in the Caspian Basin. Facts and Figures, in: ebd., S. 9–29.

sind aber nur Schönheitsreparaturen, denn das Parlament wird von der Partei des Präsidenten dominiert und hat keine Durchsetzungsmacht gegen Entscheidungen des Präsidenten. Dies wird auch durch das Kapitel von Peter Lohmus und Anne Ter-Martirosyan bestätigt, die zwar auch die neuen Regelungen als eine Verbesserung ansehen, aber feststellen, dass sie keine Ausgabendisziplin garantieren.⁷⁰ Auch bezüglich der Transparenz der Einnahmeflüsse in Aserbaidschan sind die Ergebnisse nur auf den ersten Blick positiv: Farda Asadov bewertet die Einführung der *Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)* als erfolgreich und die Verwaltung der Rohstoffeinnahmen in Aserbaidschan als effektiv. Nur die *EITI* böte einen Mechanismus für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im autoritären System von Aserbaidschan. Er schränkt allerdings ein, dass Transparenz nur auf der Einnahmeseite geschaffen wurde, die Ausgabenseite aber weiterhin einer sinnvollen Kontrolle entzogen ist.⁷¹

Auch Matthias Lücke und Till Seuring kommen im Sammelband „Are Resources a Curse“⁷² für Aserbaidschan und Kasachstan zu dem Ergebnis, dass Staatsfonds kein Patentrezept darstellen, um zu verhindern, dass Entscheidungsträger zu viel Rohstoffeinnahmen zu früh ausgeben und Einnahmen für private Zwecke missbrauchen, anstatt sie für das Gemeinwohl einzusetzen.⁷³ Für Turkmenistan betont Michael Denison den sultanistischen Regierungsstil, der die Beziehung zwischen dem Energiesektor und der Regierung bestimmt. Als eine Folge dieses sultanistischen Systems können weder heimische Wirtschaftsakteure noch ausländische Investoren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse nehmen. Vielmehr werden Entscheidungen allein vom Präsidenten getroffen und nach unten durchgereicht. Der Präsident ist daher in Turkmenistan der alleinige Sachwalter des Energiesektors und seiner Einnahmen.⁷⁴

Bei „Are Resources A Curse“ handelt es sich um eine Zusammenstellung von Präsentationen eines Projektworkshops zu postsowjetischen Rentierstaaten (mit Fokus auf Aserbaidschan, Kasachstan, Russland und Turkmenistan). Das mag erklären, warum es keine Systematisierung der Ergebnisse gibt und die Beiträge häufig unverbunden nebeneinander stehen. Bezüglich der Struktur des Sammelbandes ist die Aufnahme von Teil 3 zu Transitländern diskussionswürdig, da die Ausweitung des geographischen Rahmens des Buches (um die Ukraine und Polen) sowie der untersuchten Rentenformen (Transitrenten) willkürlich anmutet und analytisch unterentwickelt bleibt.⁷⁵

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang sind die Finanzbeziehungen zwischen dem Zentrum und den Förderregionen. Christian Nygaard untersucht die Entwicklung der russischen Energiepolitik, die nach wie vor eine entscheidende Rolle in der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Regionen sowie bei der Interaktion von

70 Lohmus, Peter/Ter-Martirosyan, Anne: Resource Revenue and Fiscal Sustainability in Kazakhstan, in: ebd., S. 64–72.

71 Asadov, Farda: The Public Oversight of Oil Projects in Azerbaijan, in: Khodeli, Irakli (Hrsg.): From Curse to Blessing? Using Natural Resources to Fuel Sustainable Development, Wiley-Blackwell, Oxford/Malden 2009 (International Social Science Journal), S. 93–106.

72 Gawrich, Andrea/Franke, Anja/Windwehr, Anja (Hrsg.): Are Resources A Curse? Rentierism and Energy Policy in Post-Soviet States, Barbara Budrich, Opladen 2011.

73 Lücke, Matthias/Seuring, Till: The Role of Stabilization and Savings Funds in the Sustainable Management of Natural Resource Revenues. Kazakhstan and Azerbaijan, in: ebd., S. 121–145.

74 Denison, Michael: Turkmenistan. Energy Sector Politics in a Post-Soviet Rentier State, in: ebd., S. 147–161.

75 Dabei erscheint vor allem das letzte Kapitel zum öffentlichen Diskurs und zur geopolitischen Dynamik rund um den Bau der Nord Stream Pipeline durch die Ostsee besonders deplatziert, weil es keinerlei Bezug auf Rohstoffrenten nimmt.

Staat und Gesellschaft spielt. Die Energiepolitik fungiert dabei vorrangig als ein *Governance*-Instrument für diese Interaktionen und nicht so sehr zur Optimierung der industriellen Entwicklung. Organisatorische und institutionelle Entwicklungen seit 1998 haben Stück für Stück die Position der Zentrale gegenüber den Regionen und den Öl- und Gasproduzenten gestärkt. Damit wurden die Interessen der Industrie zurückgedrängt und der Ausbau der staatlichen vertikalen Machtstrukturen (inklusive der staatlichen Rentengenerierung) vorangetrieben.⁷⁶

Julia Kuznir befasst sich im selben Sammelband mit der Art und Weise, wie Wirtschaftseliten die Regionalpolitik beeinflussen und ihre energiepolitischen Interessen auf regionaler Ebene durchsetzen. Auch sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Machtbalance in der Regierungszeit von Wladimir Putin deutlich zugunsten des Zentrums verschoben hat.⁷⁷

Ausführlicher analysiert die Autorin diesen Zusammenhang in ihrem Buch zum politischen Einfluss von Wirtschaftseliten auf föderaler wie regionaler Ebene am Beispiel der russischen Erdöl- und Erdgasindustrie von 1992 bis 2005.⁷⁸ Die Ära Jelzin und die Ära Putin sind dabei von unterschiedlichen Prioritätensetzungen und politischen Strategien geprägt, weisen allerdings eine Gemeinsamkeit in Form einer ‚Dreiecksbeziehung‘ zwischen föderalem Zentrum, regionaler Politik und nationalen Wirtschaftsakteuren auf. Deren Zusammenspiel und Konfliktkonstellationen untersucht Kuznir in vier Regionen: Tatarstan, dem Gebiet Tjumen‘ sowie den Autonomen Bezirken der Chanten und Mansen als auch der Jamal-Nenzen.

Die Verfasserin analysiert die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftseliten, politischen Akteuren und institutionellen Strukturen mithilfe von vier Ordnungskonzepten: die Patronage politischer Führer über Wirtschaftsakteure, die Partnerschaft zwischen beiden Gruppen, die Privatisierung von politischer Macht durch ökonomische Eliten und den Kampf aller gegen alle. Dabei sei es von großer Bedeutung, ob in den einzelnen Regionen jeweils ein Unternehmen dominiert oder mehrere vertreten sind, ob die Regionen unter Kontrolle der Föderalregierung stehen, ausländische Investoren oder Interessen durchschlagen oder ob es sich um Regionen handelt, die von den Eliten weitgehend vernachlässigt werden. In der föderalen Politik seien über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Trendwenden und Wechsellagen zu erkennen. War die Jelzin-Ära durch eine ‚unregulierte Dezentralisierung‘ und ‚Implementierungsschwäche‘ gekennzeichnet, so setzte Putin mit seiner ‚Vertikale der Macht‘ auf eine Stärkung des Zentrums, die in seinem Recht zur Ernennung der Gouverneure gipfelte. Kuznir kommt zu dem Ergebnis, dass Putins Reformen zwar die Regionen schwächten, aber das föderale System nicht in eine wirksame institutionelle Struktur umzuformen vermochten. Auf regionaler Ebene lässt sich eine relativ hohe Elitenkontinuität aus sowjetischen Zeiten feststellen, während die neuen politischen Parteien nur einen marginalen Einfluss auszuüben vermochten. Jede der vier Untersuchungsregionen weist in dem Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Wirtschaft unverwechselbare, eigene Strukturen auf. Die detaillierten Fallstudien vermitteln dabei ein höchst differenziertes Bild der spezifischen Handlungsmuster. Der Zentralisierungspolitik Putins seien nicht nur regionale Ent-

76 Nygaard, Christian A.: Russia's Oil and Gas Policy, in: Gawrich/Franke/Windwehr: Are Resources a Curse (wie FN 72), S. 21–49.

77 Kuznir, Julia: The Oil and Gas Industry and Regional Politics in Russia. Arranging the Distribution of Rents, ebd., S. 51–67.

78 Kuznir, Julia: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen. Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992–2005, ibidem, Stuttgart 2008.

scheidungskompetenzen, sondern auch (lokale) Privilegien der Unternehmen zum Opfer gefallen. Die regionalen Elitenkonfigurationen wurden aber nicht generell aufgehoben.

Die sehr materialreiche und detaillierte Arbeit ermöglicht einen wesentlich differenzierteren Blick in die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft auf regionaler Ebene, als dies bisher möglich war. Gleichzeitig weist die Arbeit von Kuznir auch auf die Notwendigkeit weiterer detaillierter Fallstudien zu diesem Thema hin, die die Spezifika der einzelnen Regionen herausarbeiten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Wojciech Ostrowski mit seiner Untersuchung der Mechanismen zum Regimeerhalt in autoritären Staaten am Beispiel der Erdölindustrie in Kasachstan (von 1991 bis zur Mitte der 2000er Jahre).⁷⁹ Zur Erklärung der Aufrechterhaltung von Kontrolle und Regimestabilität greift er nicht wie üblich auf klan-basierte Erklärungsansätze zurück, sondern bezieht sich auf Korporatismus und Patron-Klient-Beziehungen. Ostrowski beschreibt den Versuch der Kontrollübernahme im Erdölsektor in den frühen 1990er Jahren. Der bei der Teilprivatisierung zur Anwendung gekommene Korporatismus ließ Raum für die Übernahme von Staatsunternehmen durch andere, vom Präsidenten unabhängige Interessengruppen. Dies führte zu Interessenkonflikten zwischen dem Präsidenten und den so genannten *oil men*, die im Zentrum und in der Peripherie versuchten, die Kontrolle über den Sektor an sich zu reißen. Um dies zu verhindern baute der Präsident allmählich Patron-Klient-Beziehungen auf, die die korporatistische Struktur des Ölsektors ersetzten. Der in der Gesellschaft verwurzelte Klientelismus sowie schwache formale Institutionen vereinfachten diesen Wandel in der Organisation des Sektors.

Seit 2003 entwickelte sich die Organisation des Ölsektors weg vom Klientelismus und Patron-Klient-Beziehungen hin zu stärker formalisierten Beziehungen. Ostrowski stellt so für Kasachstan einen Wechsel von formalen, zu informellen und später zu quasi-formalen Methoden der Organisation des Ölsektors fest.

Ein Teil der Studie befasst sich mit Bevölkerung und regionalen Eliten der Förderregion Atyrau. Die dortige Bevölkerung machte die Zentralregierung für den Mangel an ökonomischem Fortschritt verantwortlich, sie ziehe zudem zu viele Einnahmen aus Atyrau ab. Der Zentralregierung gelang es, die Situation zu entschärfen, indem sie ausländische Unternehmen für die Verhältnisse in der Region verantwortlich machte. Regierung und ausländische Investoren begannen daraufhin in den Förderregionen zusammenzuarbeiten. Um die lokale Wirtschaft anzukurbeln, wurden ausländischen Unternehmen die *local content rules* aufgezwungen. Diese ließen sich dann mehr oder weniger bereitwillig in bereits bestehende Patron-Klient-Beziehungen einspannen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde also von lokalen Eliten instrumentalisiert, um sich besseren Zugang zu Ölfrenten zu sichern.

Trotz dieser interessanten Ergebnisse weist das Buch einige Unzulänglichkeiten auf: Die Rolle der politischen Eliten und Institutionen werden in der Darstellung zugunsten der Wirtschaftseliten vernachlässigt. Vor allem aber stellt Ostrowski nur zwei Techniken der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftseliten und politischen Akteuren vor und bleibt damit hinter dem Ansatz von Kuznir zurück. Nichtsdestotrotz ist es eine sehr detailreiche und hilfreiche Studie zu Mechanismen des Regimeerhalts in autoritären Staaten.

Explizit mit Finanzflüssen zwischen Zentrum und Regionen befassen sich Natalie Leschenko und Manuela Troschke am Beispiel von Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan.⁸⁰ Diese Länder weisen eine zentralisierte Organisation der Rohstoffeinnahmen und

⁷⁹ Ostrowski, Wojciech: *Politics and Oil in Kazakhstan*, Routledge, London 2010.

⁸⁰ Leschenko, Natalie/Troschke, Manuela: *Fiscal Decentralization in Centralized States*. *Central Asian Patterns*, in: Najman/Pomfret/Raballand: *The Economics and Politics of Oil* (wie FN 68), S. 73–108.

schwache Verwaltungsstrukturen auf der lokalen Ebene auf. Die Verantwortlichkeiten zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen sind nicht klar geregelt und abgegrenzt. Neben der unzureichenden Regelung der Zuständigkeiten ist auch die Finanzierung der regionalen Verwaltungen prekär: Den regionalen Regierungen fehlt es an Finanzautonomie, die rechtliche Regulierung von finanziellen Transaktionen ist schwach ausgeprägt, Prozesse in diesem Bereich werden bewusst verschleiert. So ist ihre Ausgabenhoheit nicht ausreichend geregelt; Ausgabenentscheidungen (inklusive Ausgabenbeschränkungen) werden meist durch die Zentrale getroffen und orientieren sich nicht an den regionalen Bedürfnissen. Regionalregierungen haben auch keine Autonomie auf der Einnahmeseite: Zwischen 85% und 90% ihrer Haushaltseinnahmen sind von Entscheidungen der Zentralregierung abhängig, die regionale Besteuerungsgrundlage ist sehr gering. Von daher basiert die Höhe der regionalen Einnahmen weitgehend auf Verhandlungen mit dem Zentrum und ist somit von persönlichen Beziehungen und Einfluss abhängig, was keine Planungssicherheit gewährt. Gleichzeitig existieren horizontale und vertikale Transferzahlungen zum Ausgleich regionaler Ungleichheiten.

Die von allen Autoren in Teilaspekten beschriebene Kombination aus der Höhe der Renteneinnahmen, unklaren Zuständigkeiten und Intransparenz begünstigt Korruption.⁸¹ Die Verfügungsgewalt über große Geldmengen erhöht fast zwangsläufig die Versuchung des Missbrauchs bei politischen Entscheidungsträgern. So können sich zum Beispiel Amtsinhaber mit Zugang zu diesen Geldmitteln selbst bereichern oder ihre Position festigen, indem sie diese Mittel ihren Anhängern zur Verfügung stellen, anstatt eine nachhaltige und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben.⁸² Mehrere Studien zeigen, dass ein höherer Anteil von Exporten von Brennstoffen, Mineralerzen, Plantagenfrüchten und Metallen zu einem Anstieg der Korruption führt.⁸³ Bei der Untersuchung der Effekte der bloßen Ankündigung eines Erdölfundes auf das Korruptionsniveau in Sao Tome und Principe findet Pedro Vicente Belege für einen Anstieg der perzipierten Korruption bei einer Anzahl von öffentlichen Dienstleistungen, speziell in den Bereichen des Stimmenkaufs bei Wahlen, der Bildung (die Eliten des Landes betrachten Bildung als ein wertvolles Gut, das in der Zukunft leichter Zugang zu den Reichtümern des Landes ermöglichen kann) und des Zolls (die Eliten importieren verstärkt Konsumgüter).⁸⁴

Gleichzeitig zeichnen sich aber einige rohstoffreiche Staaten wie etwa Australien, Kanada und Norwegen durch ein sehr geringes Korruptionsniveau aus. Sambit Bhattacharyya und Roland Hodler argumentieren, dass ausgereifte demokratische Institutionen dabei helfen, die Wahrscheinlichkeit zu senken, dass Bodenschätze Korruption auslösen. In Ländern, in denen ethisches Verhalten politische Vorteile bringt und Korruption Wählerstimmen kosten kann, sind Amtsinhaber weniger geneigt, korruptes Verhalten an den Tag zu legen. Die Autoren konstatieren, dass Ressourcenreichtum Korruption in solchen Ländern beför-

81 Robinson/Torvik/Verdier: Political Foundations of the Resource Curse (wie FN 19).

82 Leite, Carlos/Weidmann, Jens: Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources, Corruption, and Economic Growth, in: Abed, George T./Gupta, Sanjeev (Hrsg.): Governance, Corruption, and Economic Performance, IMF, Washington, DC 2002, S. 159–196.

83 Treisman, Daniel: The Causes of Corruption. A Cross-national Study, in: Journal of Public Economics 76 (2000), S. 399–457; Isham, Jonathan u. a.: The Varieties of Resource Experience. Natural Resource Export Structures and the Political Economy of Economic Growth, in: The World Bank Economic Review 19 (2005), S. 141–174.

84 Vicente, Pedro C.: Does Oil Corrupt? Evidence from a Natural Experiment in West Africa, in: Journal of Development Economics 92 (2010), S. 28–38.

dert, in denen demokratische Institutionen schwach entwickelt sind, nicht aber in Ländern mit vergleichsweise besser entwickelten Institutionen.⁸⁵

So kommt Ramil Maharramov zu dem Schluss, dass Investitionsentscheidungen in Aserbaidschan kaum einen Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit geleistet haben.⁸⁶ Er führt dies vor allem auf die übersteigerten Ambitionen zurück, die die Verwaltungs- und Entscheidungskapazitäten des Staates überstiegen haben: Zu viel wurde auf einmal versucht. Maharramov geht aber ausschließlich von Fehlentscheidungen bei der Allokation von Mitteln aus, das Problem von Korruption und der bewussten Umleitung und Veruntreuung von öffentlichen Geldern wird von ihm nicht thematisiert. Im Gegensatz dazu beschreibt zum Beispiel Hannes Meissner die Strategie der politischen Elite in Aserbaidschan als Versuch, hinter einer Fassade von Transparenz eine unbeschränkte private Kontrolle über die staatlichen Finanzflüsse zu sichern.⁸⁷ Die Einnahmeseite – der Zufluss von Einnahmen aus der Rohstoffproduktion in den Staatsfonds – werde so zwar transparent gehalten, die Ausgabenseite – die Verwendung der Gelder, die der Staatshaushalt aus dem Staatsfonds erhält – sei aber vollständig intransparent und anfällig für Korruption in großem Stil.

Die Regulierung der Rohstoffproduktion und der daraus generierten Finanzflüsse stellte gerade in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion die dringlichste Herausforderung des Erdölbooms dar. Bei der Gestaltung der Eigentümerstruktur und der Anwendung des ‚Ressourcennationalismus‘ ging es den jeweiligen Machthabern vorrangig um die Kontrolle über und den Zugriff auf die Rohstoffe, was zu Lasten der betriebswirtschaftlichen Effizienz der staatlichen Erdölunternehmen und somit auch der gesamten Volkswirtschaft ging. Bei der Einnahmenverwendung haben Staatsfonds die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt abgefedert und ein Ausgreifen der *Dutch disease* verhindert. Mit Hilfe der Rohstoffeinnahmen konnten Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielt werden, aber auch bei den Sozialprogrammen ging es den Regierungen vorwiegend um Kontrolle und Machterhalt. Neben Sozialprogrammen wurden dazu auch eine Zentralisierung der Macht im politischen Zentrum sowie Patron-Klient- und Korruptionsnetzwerke genutzt.

5. Sozio-ökonomische Entwicklung: Fallbeispiel Lateinamerika

Da vom Ressourcenreichtum eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen erwartet wurde, hat sich die Forschung in den letzten Jahren auch mit der negativen sozio-ökonomischen Entwicklung in Zusammenhang mit dem Ressourcenfluch beschäftigt. So haben beispielsweise Erwin Bulte, Richard Damania und Robert Deacon die Beziehung zwischen Rohstoffreichtum und mehreren Wohlfahrtsindikatoren untersucht. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass rohstoffreiche Staaten in der Regel einen niedrigeren Lebensstandard aufweisen als rohstoffarme. Während sie eine schwache direkte Verbindung zwischen Roh-

85 Bhattacharyya, Sambit/Hodler, Roland: Natural Resources, Democracy and Corruption, in: *European Economic Review* 54 (2010), S. 608–621. Siehe auch Smith: Oil Wealth (wie FN 27).

86 Maharramov, Ramil: Petroleum-fuelled Public Investment in Azerbaijan. Implications for Competitiveness and Employment, in: Øverland/Kjærnet/Kendall-Taylor: *Caspian Energy Politics. Azerbaijan, Kazakhstan and Turkmenistan* (wie FN 21), S. 38–59.

87 Meissner, Hannes: The Role of the Oil Elite in Policy-making in Azerbaijan, in: Heinrich/Pleines: *Challenges of the Caspian Resource Boom* (wie FN 10), S. 131–142.

stoffen und sozialer Wohlfahrt nachweisen, gibt es eine indirekte Verbindung zwischen diesen über die Qualität der Institutionen eines Landes.⁸⁸

Fabrizio Carmignani und Desire Avom messen die soziale Entwicklung eines Landes anhand einer Kombination der Indikatoren Bildung und Gesundheit; sie konstatieren, dass eine hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten sich negativ auf die sozio-ökonomische Entwicklung eines Landes auswirkt. Dies wird vor allem durch Einkommensungleichheit und makroökonomische Instabilität ausgelöst.⁸⁹ Studien zur sozialen Ungleichheit in rohstoffexportierenden Staaten betonen die Unterschiede in der sozio-ökonomischen Entwicklung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, da Rohstoffrenten normalerweise dem Staatshaushalt zufließen und damit von den städtischen Eliten vereinnahmt werden, während die Bevölkerung in ländlichen Gebieten weitgehend von den Vorteilen ausgeschlossen ist.⁹⁰ Ähnliche Resultate liefern die Autoren um Jonathan Isham: Rohstoffreiche Staaten leiden unter größeren sozialen Verwerfungen als andere Länder, weil einige Bevölkerungsgruppen privilegierten Zugang zu Rohstoffrenten haben.⁹¹ Daher kommt Scott Pegg zu dem Schluss, dass die Förderung von Bodenschätzen im Allgemeinen eine schlechte Bilanz bei der Bekämpfung von Armut aufweist.⁹² Michael Alexeev und Robert Conrad stellen aber in einer Regressionsanalyse mit Daten für fast alle Staaten der Welt fest, dass Länder mit großer Rohstoffabhängigkeit bei zentralen Indikatoren der sozio-ökonomischen Entwicklung nicht schlechter abschneiden als der Rest der Welt. So ist weder ein ‚Ressourcenfluch‘ noch ein positiver Effekt erkennbar.⁹³ Die insgesamt sehr begrenzten Erfolge bei der Verbesserung der sozio-ökonomischen Entwicklung im Zuge eines Rohstoffbooms werden vor allem mit dem korrupten Verhalten der herrschenden Eliten erklärt. In neueren Publikationen argumentieren etwa Aaron Tornell und Phillip Lane oder auch Paul Collier und Anke Hoeffler explizit, dass die Verteilungskämpfe der Eliten im Zuge eines Rohstoffbooms die für gemeinwohlorientierte Aufgaben vorhandenen Finanzmittel sogar reduzieren.⁹⁴

Im Einklang mit dem Konzept des Rentierstaates verweisen andere Autoren hingegen darauf, dass autoritäre Regime die Einnahmen aus der Rohstoffproduktion nutzen können, um sich durch eine populistische Sozialpolitik die Zustimmung der Bevölkerung zu erkaufen. So weist etwa Anja Franke darauf hin, dass in solchen Fällen die Sozialpolitik von der Regierung eher als ein Mittel zur Wahrung der Loyalität der Bevölkerung benutzt wird als zur Verhinderung oder Behebung von sozialen Problemen. Das Hauptanliegen der Sozialpolitik in autoritären Staaten ist somit Machterhalt und Kontrolle.⁹⁵ Die Regierung tauscht Sozial-

88 Bulte, Erwin H./Damania, Richard/Deacon, Robert T.: Resource Intensity, Institutions, and Development, in: *World Development* 33 (2005), S. 1029–1044.

89 Carmignani, Fabrizio/Avom, Desire: The Social Development Effects of Primary Commodity Export Dependence, in: *Ecological Economics* 70 (2010), S. 317–330.

90 Davis/Tilton: The Resource Curse (wie FN 67), S. 236.

91 Isham [u. a.]: The Varieties of Resource Experience (wie FN 83).

92 Pegg, Scott: Mining and Poverty Reduction. Transforming Rhetoric into Reality, in: *Journal of Cleaner Production* 14 (2006), S. 376–387.

93 Alexeev, Michael/Conrad, Robert: The Natural Resource Curse and Economic Transition, in: *Economic Systems* 35 (2011), S. 445–461.

94 Tornell, Aaron/Lane, Philip R.: The Voracity Effect, in: *American Economic Review* 89 (1999), S. 22–46; Collier/Hoeffler: Testing the Neo-con Agenda (wie FN 19).

95 Franke, Anja: Sozialpolitik im postsowjetischen Raum. Korrektiv der Systemtransformation oder neues Sozialstaatsmodell?, in: Gawrich, Andrea/Knelangen, Wilhelm/Windwehr, Jana (Hrsg.) *Sozialer Staat – Soziale Gesellschaft*, Budrich, Opladen 2009, S. 231–251. Siehe auch Fajth, Gaspar: Social Security in A Rapidly Changing Environment. The Case of Post-Communist Transformation, in: *Social Policy and Administration* 33 (1999), S. 416–436; Müller, Katharina: Armut und Sozialpolitik in Zen-

leistungen gegen Loyalität; besonders Mitglieder der Staatsbürokratie und des Militärs, aber auch gesellschaftsstabilisierende Gruppen wie die städtische Mittelschicht genießen privilegierten Zugang zum Wohlfahrtssystem. Gleichzeitig konzentriert sich Sozialpolitik auf kurzfristig sichtbare, populistische Maßnahmen, im Wesentlichen die Erhöhung von Transferleistungen an die Bevölkerung. Dabei erfolgen die Transfers nicht an die Bedürftigsten, sondern an politisch relevante soziale Gruppen. Soziale Ungleichheit wird dementsprechend in vielen Fällen kaum reduziert. Gleichzeitig werden für nachhaltige Entwicklung wichtige Ausgaben, etwa im Bereich der Bildung und Gesundheit, häufig vernachlässigt.

Wie Kevin Morrison anhand einer vergleichenden Studie von Mexiko und Kenia argumentiert, hängt die tatsächliche Gestaltung der Sozialpolitik nicht einfach von einem Rohstoffboom ab, sondern vielmehr von der sozialen Struktur und den sozialen Konflikten in der jeweiligen Gesellschaft beziehungsweise von der Bedeutung der Loyalität größerer Bevölkerungsgruppen für die politische Macht und vom Zeithorizont der politischen Machthaber, der je nach Länge auch nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung mit einschließen kann.⁹⁶ Eine politisch aktive Bevölkerung, die nachdrücklich Teilhabe an den Einnahmen eines Rohstoffbooms fordert, ist außerhalb der westlichen Demokratien am ehesten in Lateinamerika zu finden. Die Fragen von sozialer Ungleichheit und sozio-ökonomischer Entwicklung im Zuge von Rohstoffbooms ist deshalb vor allem für diese Region diskutiert worden. Dies bedeutet nicht, dass die Staaten der Region die entsprechenden *resource challenges* immer erfolgreich gemeistert haben, sondern vielmehr, dass diese *challenges* hier als zentral angesehen werden.

So konstatiert etwa John Gledhill in seinem Beitrag „The people's oil“⁹⁷ zu Brasilien, Mexiko und Venezuela: „The role of ‚those below‘ in Latin American politics should not be discounted. The history of oil indicates that it has long been a central popular symbol of the possibility of creating a country whose wealth is shared. As such, oil is at the centre of a series of what I will term ‚popular imaginaries‘“ (S. 166). Seine Analyse sowie die Untersuchung des Mediendiskurses zur Bedeutung des Erdöls in Venezuela von Naomi Schiller⁹⁸ zeigen deutlich, dass die politischen Eliten einerseits auf die Erwartungshaltung der Bevölkerung reagieren, aber andererseits auch in Kooperation mit nicht demokratisch legitimierten Kräften, etwa aus der Wirtschaft, ihre eigene Agenda verfolgen. Die politischen Reaktionen auf die vom Erdölboom geschaffenen Möglichkeiten für sozio-ökonomische Entwicklung sind deshalb sehr unterschiedlich. Eine Analyse der territorialen Konflikte in Bolivien von Bret Gustafson⁹⁹ zeigt im selben anthropologischen Sammelband dann, wie politische Konflikte, die größere Bevölkerungsgruppen einbeziehen und deshalb polarisieren und mobilisieren, zu einer Politikblockade führen können. Er resümiert: „Natural gas has thus

tralasiens, in: Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hrsg.) Neues Jahrbuch Dritte Welt. Soziale Sicherung in Entwicklungsländern, Leske + Budrich, Opladen 2004, S. 181–195; Cerami, Alfio: Social Policy in Central and Eastern Europe. The Emergence of A New European Welfare Regime, LIT, Berlin 2006.

96 Morrison, Kevin M.: Nontax Revenue, Social Cleavages, and Authoritarian Stability in Mexico and Kenya. ‚Internationalization, Institutions, and Political Change‘ Revisited, in: Comparative Political Studies 44 (2011), S. 719–746.

97 Gledhill, John: The People's Oil. Nationalism, Globalization and the Possibility of another Country in Brazil, Mexiko and Venezuela, in: Behrends/Reyna/Schlee: Crude Domination (wie FN 38), S. 165–189.

98 Schiller, Naomi: ‚Now that the Petroleum is Ours‘. Community Media, State Spectacle and Oil Nationalism in Venezuela, in: ebd., S. 190–219.

99 Gustafson, Bret: Flashpoints of Sovereignty. Territorial Conflict and Natural Gas in Bolivia, in: ebd., S. 220–241.

created conditions for progressive transformation as well as the polarisation and racialisation of regional sentiment“ (S. 238).

Dass die anthropologische Perspektive Wahrnehmung und Interaktionsformen unterschiedlicher sozialer Gruppen berücksichtigt, stellt eine enorme Bereicherung der *resource curse* Debatte dar. So wird die Bevölkerung im lateinamerikanischen Fall als relevanter Akteur analysiert, dessen Wahrnehmungen und Erwartungen der Politik bestimmte Grenzen setzen und Handlungsanreize bieten. Am Beispiel von Bolivien stellt auch Fernando Navajas heraus, dass die ablehnende Einstellung der Bevölkerung marktwirtschaftlich orientierte Reformen verhinderte und eine Nationalisierung des Energiesektors erzwang.¹⁰⁰

Dass selbst im vergleichsweise optimalen Fall großer Handlungsspielräume und guter Absichten die Förderung sozio-ökonomischer Entwicklung im Kontext eines Erdölbooms die politischen Entscheidungsträger vor große Herausforderungen stellt, zeigt sehr deutlich die Studie zur Industriepolitik von Trinidad und Tobago in den letzten fünf Jahrzehnten, die Wendell Mottley vorgelegt hat und die wieder im sozialwissenschaftlichen *resource curse* Ansatz verankert ist.¹⁰¹ Bereits von der Unabhängigkeitsbewegung wurde eine Industriepolitik entwickelt, die staatlicher Planung eine starke Rolle zuschrieb. Industrialisierung wurde als Emanzipation von kolonialer Herrschaft und als Modernisierungsförderung konzipiert. Die Erdöl- und Erdgasfunde ab 1969 boten dem Staat dann erhebliche zusätzliche Ressourcen für eine aktive Förderung der wirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Entwicklung. Da der Staat durchgehend demokratisch regiert wurde, bestanden auch gute Voraussetzungen für die Berücksichtigung der Interessen breiterer Bevölkerungsschichten durch die Politik.

Der Autor, der als Finanzminister in den 1990er Jahren selbst an der Gestaltung der politischen Antwort auf die *resource challenges* beteiligt war, beschreibt prägnant die ‚dunkle Seite‘ der Entwicklung, die den Teil der Bevölkerung betrifft, der nicht vom Rohstoffboom profitiert:

„Young people are the most vulnerable. Several of them receive just enough education to realize that there is no superior life dynamic in receipt of welfare payments and most of them resign themselves to unfulfilled lives. Some join fundamentalist religious organizations whose indoctrination provides some structure to lives otherwise irrelevant in the success-driven material ethos of modern Trinidad and Tobago. Many give themselves to a life of crime. The international drug trade in Trinidad and Tobago competes with the oil and gas industry. [...] About 13.9 per cent of the total population over 15 years are deemed to be at high social risk. It is important not to overstate the case and paint a picture of doom and gloom. Clearly this group at risk is a minority“ (S. 79).

Insgesamt bietet Mottley eine breit angelegte, sehr kompetente und mit vielen Daten und Interviews belegte Darstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen im Umgang mit dem Rohstoffboom sowie der Folgen für die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes. Die Darstellung bezieht sich zwar auf den *resource curse* Ansatz, bleibt aber deskriptiv. Ziel ist nicht der theoretische Erkenntnisgewinn, sondern die Zusammenstellung von Lehren für die Politik. Obwohl er insgesamt ein positives Bild zeichnet und der Politik seines Landes eine Vorbildfunktion zuschreibt, zeigt Mottley doch auch klar Fälle von Politikversagen auf und verweist eindringlich auf die Risiken von Preisschwankungen auf den

100 Navajas, Fernando H.: Hydrocarbon Policy, Shocks, and the Collective Imagination. What Went Wrong in Bolivia?, in: Hogan, William/Sturzenegger, Frederico (Hrsg.): The Natural Resource Trap. Private Investment Without Public Commitment, MIT, Cambridge, MA/London 2010, S. 331–358.

101 Mottley, Wendell: Trinidad and Tobago – Industrial Policy 1959-2008. A Historical and Contemporary Analysis, Randle, Kingston 2008.

internationalen Rohstoffmärkten für die Exportstaaten.¹⁰² Sein Resümee lautet daher: „I have pointed out that energy-industrial policy has exacerbated the dualization of Trinidad and Tobago. It is not just that energy-sector success has left other sectors behind; rather, powerful political, economic and social forces have been released that retard development elsewhere resulting in a systemic dualization with both economic and social manifestations“ (S. 205).

Mit einer sehr ähnlichen Argumentation, aber einem engeren Fokus auf Wirtschaftswachstum und einem ausgeprägt politikwissenschaftlichen Anspruch, analysiert Jonathan Di John den Erdölboom in Venezuela.¹⁰³ Er sieht dabei den Erdölboom nicht als Ausgangspunkt für einen unvermeidbaren *resource curse*, sondern führt konkrete Fehlentwicklungen, wie etwa den Anstieg von Korruption oder die Entwicklungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen, explizit auf Politikversagen zurück. Er versucht seine Argumentation zu untermauern, indem er zeigt, dass konkrete Probleme nicht zeitgleich mit dem Erdölboom auftraten, sondern teilweise erst Jahrzehnte später zeitgleich mit Politikwechseln (etwa in der Industriepolitik) entstanden. Dadurch, dass Di John seine Untersuchung auf die Wirtschaftspolitik beschränkt, bietet er eine fokussierte Analyse, die ganz im aktuellen Trend liegend zeigt, dass es bei Erdölbooms weniger um einen *resource curse* als vielmehr um *resource challenges* geht: „One of the main implications of this study is that the poor economic performance of the Venezuelan economy, particularly since 1980, has not been due to an overemphasis on minerals and natural-resource-based industrialization, but has been the result of the failure to develop such industries more successfully“ (S. 301).

Die Bedeutung politischer Entscheidungen in Kombination mit der Annahme, dass es die politische Partizipation der Bevölkerung ist, die sozio-ökonomische Entwicklung in den lateinamerikanischen Erdölstaaten auf die politische Agenda bringt, verweist auf eine ausgeprägte Protestkultur und politische Teilhabe, die eine demokratische Regierungsform nahelegt. Dementsprechend ist es kein Zufall, dass Thad Dunning für seine Studie „Crude Democracy“¹⁰⁴ über mögliche positive Einflüsse eines Erdölbooms auf die Demokratisierung vier lateinamerikanische Staaten (sowie zusätzlich Botswana) für seine Fallstudien ausgewählt hat. Er zeigt, dass Einnahmen aus dem Erdölexport in Lateinamerika, im Gegensatz zum Rest der Welt, positiv mit Demokratie korreliert sind.

Sein Buch präsentiert eine sehr gelungene Kombination quantitativer und qualitativer Methoden. Dunning entwickelt sehr systematisch sein Argument, dass es soziale Ungleichheit außerhalb des Rohstoffsektors ist, die den politischen Regimetyt beeinflusst. Wenn der Staat, wie in den meisten Rohstoffstaaten, kein umfangreiches soziales Umverteilungsprogramm entwickelt, stärkt ein Ölboom autoritäre Tendenzen zur Absicherung der sozialen Bevorzugung einer kleinen Gruppe. Der Fokus auf sozio-ökonomische Entwicklung hingegen reduziert soziale Ungleichheit und fördert demokratische Regierungsformen. Dunning zeigt überzeugend, dass sich historische Entwicklungspfade und politische Handlungsoptionen für unterschiedliche Rohstoffstaaten stark unterscheiden und ein Rohstoffboom somit in verschiedenen Staaten sogar entgegengesetzte Folgen haben kann. Er zeigt damit, dass

102 Eine umfangreiche Analyse der wirtschaftlichen Folgen der Schwankungen der Rohstoffpreise bieten für Lateinamerika: Sinnott, Emily/Nash, John/De la Torre, Augusto: *Natural Resources in Latin America and The Caribbean. Beyond Booms and Busts?*, World Bank, Washington, DC 2010.

103 Di John, Jonathan: *From Windfall to Curse? Oil and Industrialization in Venezuela, 1920 to Present*, Pennsylvania State UP, University Park, PA 2009.

104 Dunning, Thad: *Crude Democracy. Natural Resource Wealth and Political Regimes*, Cambridge UP, Cambridge 2008.

sowohl regionale Unterschiede als auch politische Reaktionen in die Analyse einbezogen werden müssen.

Gleichzeitig folgt er aber der quantitativ orientierten Strömung in den Sozialwissenschaften in der Übersimplifizierung der Kausalmechanismen. Als intervenierender Faktor wird letztlich nur die soziale Ungleichheit eingeführt. Die Analyse bleibt damit zum einen auf der Makroebene stehen und konzentriert sich zum anderen auf strukturelle Faktoren. Entwicklungen in einzelnen Politikfeldern und Akteurshandeln werden weitgehend ausgeblendet. Besteuerung und soziale Umverteilung werden damit einfach als Folge einer politischen Entscheidung verstanden, ohne dass die administrativen Ressourcen zur tatsächlichen Implementierung einer umfassenden Verteilungspolitik oder politische Widerstände einflussreicher Interessengruppen thematisiert werden. Auch ein – für Lateinamerika lange Zeit nicht untypischer – Militärputsch kann aus dieser Perspektive nicht erklärt werden.

Während insgesamt die Literatur zum *resource curse* von Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern dominiert wird, für deren Leistungen bei der systematischen Analyse von Wirkungszusammenhängen und für deren Defizite im Umgang mit einer komplexeren Wirklichkeit die Studien von Di John und Dunning symptomatisch sind, gibt es für Lateinamerika auch eine umfangreiche geschichtswissenschaftliche Forschung zur Erdölwirtschaft, der eine umgekehrte Bilanz bescheinigt werden kann.¹⁰⁵ Detaillierte und sehr kompetente Analysen von Einzelfällen werden nur selten und sehr begrenzt verallgemeinert. Es bleibt so weitgehend dem Leser überlassen, die zugrundeliegenden Kausalmechanismen und die Übertragbarkeit auf weitere Fälle zu durchdenken.

Ein typisches Beispiel hierfür ist die vielbeachtete Analyse von Miguel Tinker Salas. Er analysiert für Venezuela, wie die Erdölproduktion die gesellschaftliche Entwicklung des Landes geprägt hat.¹⁰⁶ Dabei beschreibt er sehr detailliert und auf Grundlage umfangreicher Quellenstudien, wie die internationalen Erdölkonzerne einen Teil der Bevölkerung an westliche Lebensweisen heranführten, während andere Bevölkerungsgruppen ausgebeutet wurden und ein großer Teil der Gesellschaft überhaupt keine direkten Folgen der internationalen Investitionen spürte. Der Vorstellung einer Modernisierung der Gesellschaft durch den Erdölboom wird somit nachdrücklich die These der Produktion einer verwestlichten Mittelschicht und einer disziplinierten Arbeiterschaft bei sozialer Degradierung anderer gesellschaftlicher Gruppen gegenübergestellt.

Dabei zeigt Tinker Salas, dass die Erdölproduktion längerfristig viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens beeinflusste, die bisher weder in der historischen Forschung zur Rohstoffproduktion in Lateinamerika noch in der Literatur zum *resource curse* thematisiert worden sind. Er untersucht unter anderem die Bedeutung von ethnischen und Geschlechter-Identitäten in der Erdölindustrie und den Einfluss der internationalen Konzerne auf Konsummuster und Familienleben ihrer venezolanischen Beschäftigten. Diese Aspekte werden eingebettet in eine Analyse der Bedeutung ausländischer Konzerne für die Entwicklung sozialer Infrastruktur, einschließlich des Bildungswesens, und für den Wandel sozialer Strukturen in der Gesellschaft. Dabei dokumentiert der Autor einerseits die Rücksichtslosigkeit und Ignoranz der internationalen Konzerne vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, andererseits macht er aber auch deutlich, dass viele Missstände und Probleme bereits vorher existierten. Die Ölindustrie ist hier nicht die Wurzel allen Übels, sondern ein

105 Hierzu ausführlich: Bucheli, Marcelo: Major Trends in the Historiography of The Latin American Oil Industry (Literature Review), in: Business History Review 84 (2010), S. 339–362.

106 Tinker Salas, Miguel: The Enduring Legacy. Oil, Culture, and Society in Venezuela, Duke UP, Durham, NC/London 2009.

wichtiger Faktor bei der kritisch diskutierten Transformation der Gesellschaft im 20. Jahrhundert.

So zeigt Tinker Salas, dass die internationalen Konzerne in Kooperation mit der politischen Elite des Landes bewusst versuchten, die gesellschaftliche Entwicklung strategisch zu planen und eine auf die Erdölproduktion und (ausgewählte) US-amerikanische Werte fokussierte politische Kultur der neuen Mittelschicht und der Beschäftigten der Erdölindustrie schufen. Diese Gruppen machten ab den 1960er Jahren ein Viertel der Bevölkerung aus. Ein stabiles demokratisches System diene dabei aus der Sicht von Tinker Salas vor allem dem Interesse der Erdölkonzerne, eine *model corporate society* zu schaffen.

Mit seiner Betonung der historischen Rolle von Erdöl als „irrational symbol of identity“ (S. 250) und seinem Fokus auf die ‚Randgruppen‘ des Erdölbooms (von indigenen Bewohnern der Förderregion über Opfer rassistischer Diskriminierung in der Erdölindustrie bis zu Prostituierten in den Förderorten) ergänzt er – historisch fundiert – die Debatte um Rohstoffbooms ähnlich wie der anthropologisch ausgerichtete Sammelband „Crude Dominations“.

Ergänzend betonen Klaus Bodemer und Annegret Mähler¹⁰⁷, dass Erdöl in Venezuela von der politischen Elite nicht nur als Legitimationsressource im eigenen Land eingesetzt werden, sondern auch der Schaffung außenpolitischer Legitimation dienen kann. Im Gegensatz zum geopolitischen Ansatz, der Erdölvorkommen und die entsprechenden Staaten als Objekte internationaler Machtkämpfe begreift, wird hier darauf hingewiesen, dass Erdöl auch von den Förderstaaten über eine offensive Öldiplomatie zum Aufbau strategischer Allianzen genutzt werden kann.

6. Resümee

Die vorgestellten Publikationen zeigen insgesamt den Wandel weg vom linearen Denken des *resource curse* hin zu *Governance* als zentralem Erklärungsfaktor für den Einfluss eines Erdölbooms. *Governance* bezieht sich dabei sowohl auf politische Entscheidungen und ihre Durchsetzbarkeit gegen einflussreiche Interessengruppen als auch auf die Implementierungsfähigkeit und -bereitschaft der staatlichen Verwaltung. Ein Erdölboom verursacht in dieser Sicht nicht einfach einen *resource curse*, sondern konfrontiert die politischen Eliten vielmehr mit konkreten *resource challenges*.

Welche Herausforderungen mit einem Erdölboom verbunden sind, hängt dabei vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext ab. Mit dieser Differenzierung werden detaillierte Fallstudien erforderlich, um die konkreten Kausalzusammenhänge kontextabhängig zu erfassen. Der Ansatz des *resource curse* wurde damit aber nicht obsolet. Er dient vielmehr der Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Autoren nun als Zusammenfassung möglicher Folgen eines Erdölbooms, deren tatsächliches Auftreten nicht mehr deduktiv vorausgesetzt werden kann, sondern vielmehr induktiv erklärt werden muss. Quantitative Studien dienen dabei häufig als erster Schritt zur Identifizierung interessanter Untersuchungsfälle.

Obwohl sie von anderen wissenschaftstheoretischen Prämissen ausgehen, nähern sich vor allem politikwissenschaftliche Fallstudien damit sowohl vom Untersuchungsgegenstand als auch vom methodischen Vorgehen den in ihrer Zahl deutlich geringeren historischen und anthropologischen Studien zu Rohstoffbooms. Auch diese Studien beziehen sich häufig

¹⁰⁷ Bodemer, Klaus/Mähler, Annegret: Erdöl als Macht- und Legitimationsressource. Das Beispiel Venezuela, in: Basedau/Kappel: Machtquelle Erdöl (wie FN 10), S. 193–221.

auf die Literatur zum *resource curse*, um eine Fragestellung zu entwickeln und den Untersuchungsgegenstand zu kontextualisieren. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wiederum können historische und anthropologische Studien sehr überzeugend zusätzliche Aspekte zum *resource curse* Ansatz beisteuern.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der bei vielen historischen und anthropologischen Studien (allerdings eher implizit) deutlich wird, ist die Relevanz der Mikroebene für ein Verständnis der Wirkungen von Rohstoffbooms. Die sozialwissenschaftliche Literatur fokussiert sehr stark auf die gesamtstaatliche Ebene und untersucht vor allem den Einfluss des Rohstoffsektors auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. In vielen Fällen betreffen die *resource challenges* aber nicht die gesamte Gesellschaft, sondern ihr direkter Einfluss beschränkt sich auf bestimmte Regionen, Bevölkerungsgruppen oder Politikfelder, sodass er auf der gesamtstaatlichen Ebene häufig gar nicht oder nur in veränderter Form sichtbar wird.

Aus unserer Sicht wäre es deshalb der nächste Schritt für die Forschung – im Sinne etwa der Studie von Miguel Tinker Salas – den konkreten Einfluss eines Erdölbooms auf die verschiedenen Teilbereiche von Gesellschaften Schritt für Schritt zu verfolgen und die Ergebnisse im Ländervergleich zu systematisieren. Während Historiker oder Anthropologen dabei tendenziell eher auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen fokussieren, wäre für Politikwissenschaftler die differenzierte Analyse der Entwicklung einzelner Politikfelder in Folge eines Erdölbooms ein logischer Ansatzpunkt.

Anschrift der Verfasser: Dr. Andreas Heinrich und PD Dr. Heiko Pleines, beide Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen
E-Mail: heinrich@uni-bremen.de, pleines@uni-bremen.de

Auswahlbibliographie

- Basedau, Matthias/Kappel, Robert (Hrsg.): Machtquelle Erdöl. Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten, 314 S., Nomos, Baden-Baden 2011.
- Basedau, Matthias/Richter, Thomas: Why Do Some Oil Exporters Experience Civil War but Others Do not? A Qualitative Comparative Analysis of Net Oil-Exporting Countries, 37 S., German Institute for Global and Area Studies, Hamburg 2011 (Working Paper 157).
- Bayulgen, Oksan: Foreign Investments and Political Regimes. The Oil Sector in Azerbaijan, Russia, and Norway, 274 S., Cambridge UP, Cambridge 2010.
- Behrends, Andrea/Reyna, Stephen P./Schlee, Günther (Hrsg.): Crude Domination. An Anthropology of Oil, 325 S., Berghahn, Oxford/New York 2011.
- Di John, Jonathan: From Windfall to Curse? Oil and Industrialization in Venezuela, 1920 to Present, 360 S., Pennsylvania State UP, University Park, PA 2009.
- Dunning, Thad: Crude Democracy. Natural Resource Wealth and Political Regimes, 327 S., Cambridge UP, Cambridge 2008.
- Gawrich, Andrea/Franke, Anja/Windwehr, Anja (Hrsg.): Are Resources a Curse? Rentierism and Energy Policy in Post-Soviet States, 213 S., Budrich, Opladen 2011.
- Gel'man, Vladimir/Marganiya, Otar (Hrsg.): Resource Curse and Post-Soviet Eurasia Oil, Gas, and Modernization, 227 S., Lexington, Lanham, MD 2010.
- Jones Luong, Pauline/Weinthal, Erika: Oil Is not a Curse. Ownership Structure and Institutions in Soviet Successor States, 425 S., Cambridge UP, Cambridge 2010.

- Kalyuzhnova, Yelena: *Economics of the Caspian Oil and Gas Wealth. Companies, Governments, Policies*, 241 S., Palgrave Macmillan, Houndmills 2008.
- Kusznir, Julia: *Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen. Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992–2005*, 318 S., ibidem, Stuttgart 2008.
- Lesourne, Jacques/Ramsay, William (Hrsg.): *Governance of Oil in Africa. Unfinished Business*, 197 S., IFRI, Paris 2009.
- Lowi, Miriam R.: *Oil Wealth and the Poverty of Politics. Algeria Compared*, 228 S., Cambridge UP, Cambridge 2009.
- Mottley, Wendell: *Trinidad and Tobago – Industrial Policy 1959–2008. A Historical and Contemporary Analysis*, 236 S., Randle, Kingston 2008.
- Najman, Boris/Pomfret, Richard W./Raballand, Gaël (Hrsg.): *The Economics and Politics of Oil in The Caspian Basin. The Redistribution of Oil Revenues in Azerbaijan and Central Asia*, 218 S., Routledge, London/New York 2008.
- Ostrowski, Wojciech: *Politics and Oil in Kazakhstan*, 206 S., Routledge, London 2010.
- Øverland, Indra/Kjærnet, Heidi/ Kendall-Taylor, Andrea (Hrsg.): *Caspian Energy Politics. Azerbaijan, Kazakhstan and Turkmenistan*, 188 S., Routledge, London 2010.
- Reed, Kristin: *Crude Existence. Environment and the Politics of Oil in Northern Angola*, 323 S., University of California Press, Berkeley, CA 2009.
- Shabafrouz, Miriam: *Fuel for Conflict or Balm for Peace? Assessing the Effects of Hydrocarbons on Peace Efforts in Algeria*, 31 S., German Institute for Global and Area Studies, Hamburg 2010 (Working Paper 132).
- Tinker Salas, Miguel: *The Enduring Legacy. Oil, Culture, and Society in Venezuela*, 328 S., Duke UP, Durham, NC/London 2009.
- Victor, David G./Hults, David R./Thurber, Mark C. (Hrsg.): *Oil and Governance. State-Owned Enterprises and the World Energy Supply*, 1014 S., Cambridge UP, Cambridge 2012.